

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Anrechnung für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Posen, 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Freizeitwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: EW 68, Lindenstraße 3, Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293, Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 18. März 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., EW 68, Lindenstr. 3, Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Dolomiten-Gesellschaft, Devisenkasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Nonpareille-Zeile: 0,70 Goldmark, Kleinanzeigen: 0,50 Goldmark, festgesetzte Wort: 0,20 Goldmark, (außer am festgesetzten Wort) jedes weitere Wort: 0,10 Goldmark, Stellenanzeigen: das erste Wort: 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort: 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten: Reile 0,30 Goldmark, eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,20. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin 375 36, Vindobrocker 3, abgegeben werden, Geschäftszeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Sachverständigen in der Sackgasse

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Alle mit der Reparationskommission in Verbindung stehenden Kreise machen kein Hehl mehr daraus, daß die Arbeiten der Sachverständigen auf ein totes Geleise geraten sind. Selbst der Versuch, für einzelne Spezialfragen Teillösungen zu finden, scheiterte immer wieder an deren enge Verbindung mit anderen Problemen, deren Aufklärung den Sachverständigen „verboten“ ist. Wenn auch die Hoffnung noch keineswegs aufgegeben ist, daß es den Sachverständigen gelingen wird, einen Ausweg aus dieser Sackgasse zu finden, so wird doch damit gerechnet, daß noch manche Woche darüber hingehen wird, ehe die Reparationskommission in den Besitz der von den Sachverständigen erwarteten Vorschläge gelangen wird.

Paris, 17. März. (W.B.) Havas meldet: Das Komitee Mac Kenna hat heute vormittag und nachmittag gelagt und ist über die bis jetzt in der Schwebe gebliebenen Punkte wenigstens zu vorläufigen Schlussfolgerungen gekommen. Es wird morgen vormittag mit der Ueberprüfung seines endgültigen Berichts beginnen, von dem Mac Kenna selbst schon einen Entwurf ausgearbeitet hat. Die Arbeiten des Unterausschusses werden zweifellos diese Woche beendet werden mit Ausnahme der Erledigung einer kleinen Anzahl von Fragen, es soll hier das Fortschreiten der Arbeiten des Komitees Dames abgewartet werden.

Der Bankunterausschuß hat seinerseits die Prüfung der Eisenbahnfragen fortgesetzt. Er wird wahrscheinlich binnen kurzem die Sachverständigen Leseur und William Keenorth berufen, um sie zu bitten, sich über eine weniger umfangreiche Fassung ihres Berichts zu verständigen, er wird sie darüber zu Rate ziehen, in welcher Form sie ihre Arbeiten über die Eisenbahnfrage in seinen allgemeinen Bericht einfließen lassen wollen. Morgen wird sich der Unterausschuß mit der Emissionsbank beschäftigen. Auch der Redaktionsunterausschuß und die Budgetunterkommission werden morgen Sitzungen abhalten. Morgen nachmittag findet eine Vollversammlung des Komitees statt, die der Prüfung der Arbeiten der Unterausschüsse gewidmet ist.

Die Wahlen in Frankreich.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Die endgültige Entscheidung über den Termin der Neuwahlen der französischen Kammer dürfte in dem am Dienstag stattfindenden Ministerrat fallen. Nachdem die Wahlen zum Reichstag bereits für den 4. Mai ausgeschrieben sind, werden die Wähler in Frankreich voraussichtlich für den 11. oder 18. Mai aufgerufen werden.

Poincaré und der Senat.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Senat hat nach dem Ermächtigungsgesetz nunmehr auch die von der Finanzkommission abgegebene Auslieferung des staatlichen Zündholzmonopols an die Privatindustrie geschickt und damit den Beweis erbracht, daß Herr Poincaré nur die Vertrauensfrage zu stellen braucht, um in beiden Häusern des Parlamentes die Opposition zusammenzuschmelzen zu lassen wie Eis in der Sonne. In der Kammer des Nationalen Worts ist dies kaum verwunderlich, im Senat aber, wo die aus der radikal-sozialistischen Partei hervorgegangene Fraktion der linksradikalen Wähler für sich allein über die Mehrheit verfügt, scheint selbst die Regierung stärkeren Widerstand erwartet zu haben. Wie erst jetzt bekannt wird, war in dem zu Beginn der vergangenen Woche abgehaltenen Ministerrat die Ankündigung Poincarés, daß er die unveränderte Annahme der Finanzvorlage in der von der Kammer verabschiedeten Fassung durch Stellung der Vertrauensfrage erzwingen werde, auf starke Opposition gestoßen. Poincaré überwand die Opposition mit dem Hinweis, daß der Senat es nicht wagen werde, eine Ministerkrise zu provozieren. Der Verlauf der Ereignisse hat ihm Recht gegeben. Genau wie die Kammer hat der Senat sich von der Regierung beifolgsam lassen und sich in einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung dem Diktat Poincarés gebeugt.

Der Völkerbund in der englischen Politik.

Kritik an Lord Parmoor.

London, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Mit außergewöhnlicher Zähigkeit wird zurzeit der Nachwahlpfampf im Londoner Zentrumsbezirk Westminster geführt. Ein interessantes Bild bot dabei das gleichzeitige Auftreten aller vier Kandidaten in einer Personensammlung, in der der Wahlkampf das Thema war. Der Sozialist Jenner-Brockway, Sekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei, wurde dabei lebhaft begrüßt, während die Versammlung Churchhill, der in diesem Wahlkreis „antifaschistischer“ Kandidat ist, mit Widerspruch empfing. Alle vier Redner traten für die Ausgestaltung des Völkerbundes durch Aufnahme Deutschlands ein.

„Daily Herald“, „Manchester Guardian“ und „Times“ kritisieren am Montag die Entscheidung der eben beendeten Logung des Völkerbundes über die Zusammenfassung der Saar-Kommission. Von mancher Seite wird bedauert, daß Lord Parmoor, der Vertreter Englands, nicht geschickt genug die Vorschläge Brantings

unterstützte, der der einzige wirkliche Gegner der französischen Diplomatie gewesen sei.

Beschlüsse des Völkerbundesrates.

Ungarns Sanierung und Georgiens Befreiung.

Genf, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Schluß der Ratssitzung wurden über die finanzielle Hilfeleistung an Ungarn zwei Protokolle unterzeichnet. Das erste trägt politischen Charakter und ist unterzeichnet von England, Frankreich, Italien, Rumänien, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Ungarn. Die betreffenden Regierungen erklären, die Unabhängigkeit und die Souveränität Ungarns zu respektieren zu wollen. Die ungarische Regierung übernimmt ihrerseits die Verpflichtung, alle Bestimmungen des Vertrages von Trianon einzuhalten und auch alle anderen eingegangenen internationalen Verpflichtungen zu beachten. Alle Mächte versichern, daß sie sich jeder Handlung enthalten werden, die den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Ungarns hindern und die Interessen der Gläubiger schädigen könnten. Im zweiten nur von Ungarn unterzeichneten Protokoll verpflichtet sich die ungarische Regierung im Einverständnis mit der Völkerbund-Delegation ein Programm für den wirtschaftlichen Aufbau Ungarns auszuarbeiten, das vom 30. Juni 1926 ab die Herbeiführung des Gleichgewichts im Budget sichert. Die ungarische Regierung wird eine Anleihe von 250 Millionen Goldkronen aufnehmen, die zur Deckung der Defizite während der Wiederaufbau-Periode dienen sollen. Zur Sicherung dieser Anleihe dienen die Zolleinnahmen, die Zucksteuer, die Einnahmen aus dem Tabak- und Salzmonopol. Ungarn willigt in die Ernennung eines Generalkommissars durch den Völkerbund ein. Außerdem wird eine zweite von der ungarischen Regierung unabhängige Emissionsbank geschaffen.

In geheimer Sitzung des Rats wurde über das Ersuchen der Nationalregierung von Georgien verhandelt. Die Staaten, die mit Russland juristische Beziehungen unterhalten, möchten bei der russischen Regierung intervenieren, um die Entfernung der russischen Truppen aus Georgien zu erreichen. Branting bot darum, diesem Ersuchen zu entsprechen, worauf Lord Parmoor erklärte, er werde die Angelegenheit seiner Regierung mit den notwendigen Erklärungen vortragen.

Eine Intervention des Papstes.

London, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Papst hat an Macdonald ein Schreiben geschickt, in welchem er ihn um seine Mitwirkung an einer Aktion ersucht, die der Vatikan bei der Sowjetregierung unternimmt, um die Enthaltung des Erzbischofs Ciepljak und 12 anderer katholischer Geistlicher zu erwirken.

London, 17. März. (W.B.) Im Zusammenhang mit dem Ersuchen des Papstes an die britische Regierung wurden mehrere Anfragen an die Regierung gerichtet. Macdonald erwiderte, obgleich die britische Regierung in dieser Frage offiziell nicht intervenieren könne, werde sie jede geeignete Gelegenheit, in offizielle Vorstellung bei der Sowjetregierung zu erheben, benutzen.

Deutsch-holländischer Vertrag.

Haag, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Das amtliche „Staatsblad“ veröffentlicht den Wortlaut eines zwischen der deutschen und niederländischen Regierung abgeschlossenen Vertrags zur Erleichterung des deutsch-niederländischen Reiseverkehrs. Nach den Bestimmungen dieses Vertrags werden an der deutsch-niederländischen Grenze gemeinschaftliche Zollstationen eingerichtet. Die Zollabfertigung erfolgt künftig in der Weise, daß die Reisenden des Auszugslandes den Vorzug genießen. Die zwangsweise Untersuchung von Reisenden darf in Zukunft nur in Anwesenheit von Beamten der beiden vertragschließenden Staaten stattfinden. Die Festnahme oder zwangsweise Zurücksendung von Reisenden nach dem Zustand ist künftig nur den Beamten der vertragschließenden Staaten bei eigenen Staatsangehörigen gestattet. Die Kündigungsfrist des Vertrags beträgt ein Jahr.

Schwere Zuchthausstrafen wegen Spionage.

Celzylg, 17. März. (W.B.) Vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts wurde heute ein Spionageprozeß verhandelt, der der Aufstufung zu dem am Donnerstag stattfindenden Prozeß gegen den Hauptmann d'Armont, den Leiter der französischen Geheimzentrale in Basel, bildet. Zu verantworten hatten sich der schwedische Staatsangehörige, Kinospieler Bieng, der deutsche Bormann und der Kraftfahrer Adler von den württembergischen Kraftfahrern sowie die Braut Bormanns, Frieda Schent aus Stuttgart. Bieng hatte im Auftrage d'Armons Bormann und Adler veranlaßt, ihm geheimzuhaltende Papiere auszuhandigen. Es wurden verurteilt: Bieng zu 11 Jahren Zuchthaus, Bormann zu 13 Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere, Adler zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und Frieda Schent zu 2 Jahren Gefängnis. Gegen Bieng und Bormann wurde außerdem auf 10 Jahre Ehrverlust erkannt.

Der Mieter soll zahlen!

Von Hermann Lüdemann, M. d. L.

In den letzten Januar Tagen gab es im Preussischen Landtag erregte Sitzungen. Die Agitation des Landtages hatte wieder einmal ihre Wirkung getan. In allen Parteien wurde die Not der Landwirte erörtert. Diese war gewiß nicht größer als die Not fast aller anderen Berufsstände, trat aber um die Jahreswende unvermittelt besonders stark in die Erscheinung, weil durch das Zusammentreffen mehrerer zur Stabilisierung der Währung bestimmter Abgaben mit allen Steuerleistungen und durch das gleichzeitige fast völlige Versiegen der Kaufkraft der industriellen und städtischen Volksmassen ein Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung in eine bedrängte Lage gekommen war, die die Durchführung einer ausreichenden Frühjahrsbestellung gefährdet erscheinen ließ. Diese Situation wurde ausgenutzt und ein scharfer Sturm gegen die Grundvermögenssteuer herbeigeführt. Die sozialdemokratische Fraktion war die einzige, die zum Ausgleich für die auch von ihr als notwendig anerkannte und geforderte Entlastung des klein- und mittelbäuerlichen Besitzes eine stärkere Heranziehung des land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes sowie des gewerblichen Zwecken dienenden Haus- und Grundbesitzes anregte. Den bürgerlichen Parteien war es wie gewöhnlich nur um die Milderung der Steuerleistungen zu tun. Diese Einseitigkeit und die Zähigkeit, mit der namentlich das stark agrarisch eingestellte Zentrum unter Führung der Abgeordneten Herold und Boenary die Notverordnung des Finanzministers beantragte, hätte um ein Haar zu einer Regierungskrise geführt. Das Ergebnis war ein Kompromiß, dem der Finanzminister seine Zustimmung gab, ohne auf sofortiger anderweitiger Deckung des Fehlbetrages zu bestehen: die Steuerleistung der landwirtschaftlichen Bevölkerung (und der städtischen Terrainbesitzer) wurde um 60 bis 70 Millionen Goldmark ermäßigt.

Jetzt, nach kaum sechs Wochen, wird dem Landtag die Rechnung präsentiert. Um das notwendige Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen, fehlen nicht bloß 60 oder 70, sondern rund 300 Millionen und in den Haushaltsplänen der Gemeinden und Gemeindeverbänden sieht es ähnlich schlimm aus. Insgesamt es sich um eine Summe von 500 Millionen Goldmark handeln, und diesen gewaltigen Fehlbetrag will man durch eine einzige Steuer decken, die ausschließlich von den städtischen Verbrauchern getragen soll. Zu diesem Zweck soll eine neue Grundsteuer geschaffen werden, die aber nicht, wie die bereits bestehende, den gesamten Grundbesitz treffen, sondern nur von denjenigen bebauten Grundstücken erhoben werden soll, die nicht land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen. Und diese Steuer, die sogenannte Mietzinssteuer, soll schon vom 1. April 1924 ab in ihrer ganzen, durch die Größe des vorgenannten Fehlbetrages bedingten Höhe zur Erhebung kommen. Es ist aber m. E. gegenwärtig vollkommen ausgeschlossen, daß sie in dieser Höhe überhaupt erhoben werden kann. Bei der praktischen Durchführung würde sich sehr bald zeigen, daß in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit noch nicht einmal die Hälfte aller Wohnungsvermieter zu dieser Steuerleistung imstande ist. Dies ist dem Herrn Finanzminister natürlich auch genau bekannt, und es ist daher nicht zu verstehen, daß ein solcher Plan überhaupt ernsthaft ins Auge gefaßt werden konnte.

Es ist freilich zuzugeben, daß die Landesregierungen in ihren steuerlichen Maßnahmen nicht frei sind. Die ausschließliche Steuerhoheit liegt heute beim Reich. Durch die dritte Steuernotverordnung der bürgerlichen Regierung Marx-Stresemann-Luther ist den Ländern die Balancierung ihrer Haushalte durch eine Mietzinssteuer vorgeschrieben. Insofern sind die Landesregierungen — und mit ihnen auch die Landesparlamente — gebunden, und da es um die Staats- und Gemeindefinanzen im ganzen Reich ziemlich schlecht bestellt sein dürfte, wird kein Land sich der Einführung einer Mietsteuer entziehen können. Aber die dritte Steuernotverordnung enthält keine Vorschriften über die Höhe und das Inkrafttreten der Steuer, und auch hinsichtlich der Verwendung ihres Ertrages beschränkt sie sich auf die Bestimmung, daß mindestens zehn vom Hundert der aufkommen Steuer zur Förderung der Neubautätigkeit zu verwenden sind. Man muß erwarten, daß diese Freiheiten, die den Landesregierungen gelassen worden sind, von ihnen auch benutzt werden, um die Steuer so zu gestalten, daß sie von der Bevölkerung auch getragen werden kann, und daß ihre Erhebung nicht eine weitere Lähmung der Wirtschaft, sondern im Gegenteil eine Belebung der Erwerbstätigkeit zur Folge hat.

Nach den bisher bekanntgewordenen Plänen des Preussischen Finanzministeriums soll die neue Grundsteuer bereits vom 1. April an in der ganz unmöglichen Höhe von 25 v. H. der Friedensgoldmiete erhoben werden. Wohl um das Unheil noch zu vergrößern, läßt außerdem der Herr Wohnvermögensminister verkünden, daß gleichzeitig die eigentliche Miete auf 42 1/2 bis 45 v. H. des Friedenslohnes gesteigert werden soll, so daß die Gesamtbelastung der städtischen Wohnungs-

verbraucher sich demnächst auf rd. 70 v. H. der Friedens-  
goldmiete stellen würde! Eine derartig starke und plötzliche  
Steigerung des Mietaufwandes bedeutet eine Belastung der  
arbeitenden Bevölkerung, die bei den gegenwärtig geltenden  
Löhnen und Gehältern und bei der zurzeit immer noch sehr  
umfangreichen Erwerbslosigkeit von der Masse der Lohn-  
empfänger keinesfalls getragen werden kann.  
Von dem Preussischen Finanzministerium muß daher erwartet  
werden, daß es nichts unversucht läßt, um die großen Fehl-  
beträge in den Staats- und Gemeindehaushalten zu einem  
wesentlichen Teil auf andere Weise zu decken oder  
durch Ersparnis und Einschränkungen beträchtlich herabzu-  
mindern und die Mietzinssteuer, soweit sie dann noch not-  
wendig sein sollte, stufenweise, unter weitgehender An-  
passung an die hoffentlich bald zunehmende Leistungsfähigkeit  
der Wohnungskonsumenten, zur Erhebung zu bringen.

Als selbstverständlich erscheint es mir außerdem, daß der  
Herr Wohlfahrtsminister seine Pläne noch einmal einer gründ-  
lichen Nachprüfung unterziehen muß. Es geht einfach nicht an,  
daß zu gleicher Zeit mit der Einführung einer beträchtlichen  
Mietzinssteuer auch noch eine allgemeine Mietsteigerung zu-  
gelassen wird. Aber nicht nur um den Zeitpunkt handelt es  
sich hier. Die jetzt geplante Erhöhung der Mieten von 30 bezw.  
33 v. H. auf 42½ bis 45 v. H. entbehrt überhaupt der Berechti-  
gung und würde nur ein Geschenk an die Haus-  
besitzer bedeuten. Davon kann und darf keine Rede sein.  
In einer Zeit allgemeiner wirtschaftlicher Not, wo nicht einmal  
angemessene Löhne und Gehälter für wirkliche Arbeits-  
leistungen gezahlt werden können, darf die Regierung nicht  
die Hand dazu bieten, einer einzelnen Bevölkerungsschicht zu  
einem Renteneinkommen zu verhelfen.

Und noch eine andere Forderung muß erhoben werden.  
Eine Besteuerung des Mietzins, deren Ertrag zu 90 Proz.  
zur Befriedigung rein fiskalischer Bedürfnisse bestimmt  
ist, also fast ausschließlich unproduktiven Zwecken dienen soll,  
muß notgedrungen die Wirkung haben, daß die Kaufkraft  
der städtischen Bevölkerung, im besonderen der industriellen  
und kommerziellen Arbeitnehmerschaft, noch weiter herab-  
gedrückt und dadurch der dringend notwendigen Belebung  
der produktiven Erwerbstätigkeit geradezu entgegengewirkt  
wird. Die Folge wäre eine weitere Steigerung des Massen-  
elendes und, was vor allem der Herr Finanzminister beachten  
sollte, eine weitere Verminderung der Steuerkraft.  
Ganz anders gestalten sich die Verhältnisse, wenn von vorn-  
herein ein namhafter Teil des Steueraufkommens dazu be-  
stimmt wird, die Wirtschaft zu befruchten, wie es zweifellos  
durch die in der dritten Steuernotverordnung vorgesehene Ab-  
zweigung zugunsten des Wohnungsbaues bewirkt werden  
würde. Eine gehörige Beschäftigung des zurzeit völlig dar-  
niederliegenden Baugewerbes würde nicht nur Arbeit und  
Brot für Millionen baugewerblicher Arbeiter und An-  
gestellten schaffen, sondern auch die sehr zahlreichen Unter-  
nehmungen der verschiedenen Baustoffindustrien — Holz,  
Ziegel, Zement, Kalk, Gips, Glas, Eisen usw. — in Tätigkeit  
setzen, also einen sehr großen Teil der deutschen Wirtschaft  
wieder in Gang bringen und durch die hieraus folgende Er-  
höhung des steuerlichen Leistungsvermögens der Sanierung  
der Staats- und Gemeindefinanzen wahrscheinlich erheblich  
mehr nützen, als es eine rein fiskalisch aufgelegene Steuer  
jemals tun kann. Wenn also der berühmte „Hohlraum“, der  
tatsache der Inflation durch das Zurückbleiben der Miete hinter  
den Friedensgoldfuß gebildet worden ist, durchaus dem  
finanziellen Zugriff ausgesetzt werden soll, so wird in erster  
Linie darauf bedacht genommen werden müssen, daß ein nam-  
hafter Teil — worunter vielleicht 10 v. H. der Friedensmiete  
zu verstehen sein würden — zur Förderung der Woh-  
nungsneubau-tätigkeit Verwendung findet. Eine so  
gestaltete Mietzinssteuer würde jedenfalls weit eher eine  
parlamentarische Mehrheit finden, weil doch die Wählerschaft  
aller Parteien ein lebhaftes Interesse daran hat, daß nicht bloß  
der bürokratische Apparat finanziert wird, sondern vor allem  
und mindestens gleichzeitig für die Belebung der Wirt-  
schaft gesorgt wird.

## Der Weg der Volkspartei.

„Reaktionär oder nationalliberal.“

Unüberlegt und Hals über Kopf ist das Reichstabi-  
nett zur Auflösung des Reichstages geschritten. Eine sach-  
liche Begründung für diesen Schritt konnte und kann nicht  
gegeben werden. Der Stand der gesetzgeberischen Arbeiten  
des Parlamentes erforderte nicht die Auflösung, sondern  
sachliche Arbeit, der man nicht hätte ausweichen, die  
man vielmehr hätte suchen müssen. Es ist in der Agitation  
der Rechts- und Mittelparteien üblich geworden, der So-  
zialdemokratie zuzuschreiben, daß sie durch angebliche  
„Flucht vor der Verantwortung“ das Regieren erschwert  
habe. In Wirklichkeit liegt die Sache so, wie die „Kölnische  
Volkzeitung“ sie in einer Besprechung über die „Schilf-  
erhebung der Stimm-Gruppe“ schildert. „Unsere ganze Politik  
in den letzten Jahren trank daran, daß zwischen den Polen  
links und rechts die Mitte, auf die es unter solchen Um-  
ständen doppelt und dreifach ankam, an inneren  
Schwächen litt, deren hervorstechendste die unzuer-  
lässige Rechtsgruppe der Deutschen Volkspartei  
war. Hier war es auch, wo der Kampf zwischen  
Staatspolitik und Privatwirtschaft am stärksten  
hervortrat und niemals zur Ruhe kam.“

Von dem rechten Flügel der Volkspartei, von der  
Stimm-Gruppe und Stimm-Prese, sind alle parlamen-  
tarischen Krisen der letzten Zeit inszeniert worden. Die  
Krisenmacher Rarckly, Quack, Stinnes usw. waren dann  
die eifrigen Propheten des Direktoriums, das den „ab-  
gewirtschafteten Parlamentarismus“ ablösen sollte. Die Kraft,  
die hinter diesen Leuten steht, darf man auch nicht ver-  
kennen, wenn sie in der Parteiorganisation der  
Deutschen Volkspartei vielleicht in der Minderheit sind. Sie  
und die Deutschnationalen, sie wissen, was sie wollen.  
Die Parteien der Mitte wenden sich unter den Stößen dieser  
Gruppe und haben, wie der verlausulierte Wahlausruf des  
Zentrums deutlich zeigt, nicht den Mut, sich zu der  
in Deutschland auf die Dauer einzig möglichen Politik zu be-  
kennen. Dr. Rarckly, Quack usw. geben ihren Kampf in  
der Volkspartei keineswegs auf. Je mehr Vertrauensreso-  
lutionen Stresemann für sich lassen läßt, desto frecher  
treten sie auf. Deutlich erklärt Dr. Rarckly in einem Artikel  
in der „Börsezeitung“:

„Die Lage der politischen Entwicklung, die bisher noch links  
ausgeschlagen hat und die zurzeit in der Schwere ist, soll dadurch  
nach rechts gezogen werden, daß auch das Gewicht der DV. unein-  
geschränkt auf die rechte Seite geworfen wird.“

Und was Rarckly und seine Freunde unter dem Aus-  
schlagen nach rechts verstehen, sagt er ebenso eindeutig, wenn  
er glaubt feststellen zu dürfen:

„Ganz und gar ablehnend stehen aber die zwar nicht unter den  
Parteiorganisationen, aber in der Wählerschaft überwiegenden Teile  
der DV. dem Gedanken gegenüber, daß die Partei bei jenem  
Endkampf eine Mittelstellung einnehmen soll, der um die  
politische Machtstellung der Sozialdemokratie im  
Staate demnächst ausgesetzt werden wird und der sich notwendig  
zu einem Kampf um die Links-  
oder Rechtsorientierung der deutschen Innenpolitik zuspitzen muß.“

Die Rechtsgruppe geniert sich auch keineswegs gegen die  
Parteilosung der Deutschen Volkspartei in der ene-  
rgischsten Weise anzuerkennen. Dr. Quack schreibt in dem Ver-  
biatt dieser Reaktionären, wie sie in der „Kölnischen  
Volkzeitung“ mit Recht genannt werden:

„Die Parteiorganisation ist, wie ein Blick auf die  
offiziösen Verlautbarungen ergibt, noch zu sehr im Sinne der  
Großen Koalition und des Kampfes gegen rechts eingestellt.  
Auch zeigt die in erster Gemeinschaft mit den Blättern der Linken,  
namentlich des „Walters“ und „Wolfs“, geführte Fehde gegen  
die Bestrebungen der Vereinigung, daß von hier eine Förderung ihrer  
Bestrebungen nicht erwartet werden kann. Diese Fehde ist weder  
geeignet, eine Verständigung zu ermöglichen, noch auch der Par-  
teiführung das Vertrauen wiederzugewinnen, das sie gerade in den Kreisen verloren hat, welche die

Vereinigung für die Partei zu erhalten und wie-  
derzugewinnen bestrebt ist.“

Wie die Volkspartei sich organisatorisch und politisch mit  
dieser Gruppe auseinandersetzt, ist schließlich ihre Sache. Dar-  
über sollen sich Männer wie Stresemann nach langen und  
bitteren Erfahrungen im klaren sein, daß diese Leute mit  
Konzessionen nicht zu befähigen sind. Der bevorstehende  
Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei wird schon wegen  
der Wahlen im Zeichen einer allgemeinen Verkleinerung  
stehen. Im Wahlkampf wird die Volkspartei versuchen,  
zu kneifen. Nach den Wahlen wird sie das  
nicht mehr können. Wer dem wirtschaftlichen Macht-  
bedürfnis der Stimm-Gruppe Folge leisten will, soll das tun.  
Politisch muß er daran sterben.

## Von Ludendorff bis Wiemeyer.

Wenn man Herrn Ludendorff in einem Atemzuge  
mit dem Parchimer Orgelabschneider Wiemeyer nennen  
würde, dann würden sich sicherlich alle nationalen Herrschaften  
über eine solche Verunglimpfung ihres Halbgottes empören.  
Und doch genügt es nicht, wenn ein paar Wortführer der  
völkischen Bewegung von den Schandtatzen ihrer Anhänger  
mit einigen platonischen Redensarten abräufen, um die geistigen  
und materiellen Zusammenhänge zwischen den leitenden  
Köpfen der völkischen Bewegung und ihren Werkzeugen aus  
der Welt zu schaffen. Solche Redensarten haben wir sowohl  
nach der Ermordung von Erzberger und Rathenau, wie auch  
nach der Aufdeckung der Parchimer Bestialität bis zum Ueber-  
druck vernommen; aber die ganze Politik der Rechtsradikalen,  
ihre Agitationsmethoden, die Schreibweise ihrer Zeitungen,  
der Ton ihrer Flugblätter ist im Laufe der Jahre nur noch  
schlimmer und gemeingefährlicher geworden, und nur die  
Angst vor dem Strafgesetzbuch hindert sie daran, offen und  
öffentlich zu Mord und Totschlag aufzufordern.

Der Weg von Ludendorff zu Wiemeyer ist übrigens viel  
weniger kompliziert, als man zunächst meinen könnte: Die  
Intimität zwischen Ludendorff und von Graefe-Gol-  
debe ist bekannt und sie ist erst kürzlich durch ein offizielles  
Schreiben Ludendorffs dokumentiert worden, in dem der Chef  
der völkischen Heeresleitung Graefe als seinen einzigen „poli-  
tischen Bevollmächtigten“ in Norddeutschland bezeichnete. Herr  
v. Graefe ist wiederum die Seele der Deutschvölkischen, ganz  
speziell in Mecklenburg. Während des Leipziger Prozesses hat  
der Untersuchungsrichter Dr. Richter als Zeuge bekundet, daß  
Graefe wiederholt die in Untersuchungshaft sitzenden ehemali-  
gen Offiziere Macensen, Thomsen und Hoffmann  
besucht hat und daß er mit ihnen in regem Briefwechsel stand.  
Diese früheren Offiziere aber sind wegen Begünstigung  
der Parchimer Mörder zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.  
Ebenso haben verschiedene Angeklagte ausgesagt, daß sie unter  
dem Eindruck von Reden des Herrn v. Graefe der Deutsch-  
völkischen Freiheitspartei beigetreten waren.

Im übrigen hat der Verlauf des Münchener Prozesses  
eine Episode zutage gebracht, die Ludendorff jedes Recht  
nimmt, sich über Vergleiche zwischen ihm und den Nord-  
gefallen von Parchim zu beklagen. Die Aussage des Münchener  
sozialistischen Stadtrates Dr. Ruhbaum hat die Tatsache  
enthüllt, daß Ludendorff die verhafteten Geiseln im Bürger-  
bräu gelassen und sie mit einer schnoddrig-gleichgültigen Be-  
merkung ihrem Schicksal überlassen hat. Ludendorff hat damit  
gezeigt, daß ihm mit den Mecklenburgern nicht nur die völkische  
Gesinnung, sondern auch die untrennbar damit verbun-  
dene Robheit des Gemüts gemeinsam ist. Nur einer  
Kette von glücklichen Zufällen, aber nicht Herrn Ludendorff,  
ist es zu verdanken, wenn diese Geiseln nicht ebenfalls zu  
Opfern der völkischen Bestialität wurden. Aber diese Bestialität  
wurzelte nicht in der zufälligen Person der Täter, sie  
wurzelte tiefer in der bewußt militärischen Einstellung der  
völkischen Bewegung.

Der Weg von Ludendorff bis Wiemeyer ist ebenso kurz  
wie logisch. Und wenn die jugendlichen Mörder von Parchim  
die schweren Zuchthausstrafen des Leipziger Urteils fast gleich-

## Lenzblut.

Zum 18. März.

Alles quillt, schwillt, seht und drängt,  
Wach ward das Lenzblut.  
Unter Schnee heraus zeigt das Adonisröschen sein goldenes  
liebliches Blütenopphen.  
Die Weidenbüschen feiern mit silbernen Käthen.  
Stäubig wird die Hafer.  
Der Star pfeift vom Dache.  
Der Wind springt lustig her um den Berg.  
Die Natur ward wach.  
Und da der Abend sich senkt, hängt die Sonne als roter  
Granatapfel im wolken Blattgrau.  
Mädchen mit blühenden Augen.  
Bring Lenz.  
Die Nordsee schlägt mit den grauen Flügeln. Das kräht am  
Strande.  
Die Osee duckt sich grün.  
Die Alpen reden kühner ihre weißen Panzerbrüste.  
Hohnlachend zeigt die Zugspitze mit spitzem Finger auf  
München — üble Mistfärs stehen entblößt — Lügenort  
umkranzt seinen Hüter.  
Durch Sachsen marschieren noch die Reichsweh. Der Arbeiter  
sprudelt, baltig die Faust in der Tasche. Im Herzen kocht  
rot das Lenzblut.

Und die Zeit springt zurück. Ein anderer Vorleser. Jahr 1848.  
Barricaden funkeln flammig.  
Qualenrosen blühen weiß an allen Straßenecken.  
Ein feiger König heuchelt Freundschaft.  
Das aläubige Volk dämpft sein wirbelndes Blut.  
Der Wind aber wehte: Verrat, Verrat.  
Wehklagen die Toten.

Sä, der Wind, er wird Sturm — heute, morgen, übermorgen.  
Deutschlands Blut quillt, schwillt, seht, drängt.  
Neuform, Freiheit, Gemeinschaft.  
Die Palz schüttelt ihre rostigen Ketten.  
Der Rhein wogt auf zu den Sternen.  
Die Ruhr zeigt ihre schwarzen Zähne.  
Und all das andere Deutschland steht bereit zum letzten großen  
Sprunge: Wahlkampf. Sieg. Gemeinschaft.  
Die Natur ward wach.  
Rote Banner trägt die Sonne.  
Der Wind. Der Wind. Des Wind.

Mag Doris

## Yvonne Georgi.

Diese sehr ergiebige Saison hat der deutschen Tanzbühne nicht  
weniger als drei neue Sterne erster Größe beschert: die Hochländerin  
Niesenhilf, die Tiesländerin Palucca und jetzt die Mittelländerin  
Yvonne Georgi. Das Debut der Georgi im Schwedten-  
Saal war ein ganz großes Ereignis. Die junge Künstlerin besitzt  
alle Vorzüge der Wigman-Schule, der sie zwei Jahre angehört hat,  
ihre Tanzkompositionen beruhen oft auf Rekonstruktion, die wir von  
dorther kennen, die Familienähnlichkeit mit den Mitgliedern der Dresdener  
Meistergruppe ist unverkennbar. Trotzdem ist die Georgi eine ganz  
Eigene, Selbstherrliche, Unvergleichliche. Die technische Vollkommen-  
heit der Palucca erreicht sie nicht, aber sie ist stärker im rein  
Lyrischen. Die Gestaltung ihrer Visionen hat nicht das geheimnis-  
volle, aus der Tiefe leuchtende Stimmato der Niesenhilf, dafür ist  
sie in ihrer sonnigen Klarheit konturenreicher und umschließt ein weiteres  
Gebiet seelischer Ausdrucksmöglichkeiten. Obwohl der ganze wunder-  
voll trainierte Körper in allen Teilen ununterbrochen wirksam ist,  
wird die Rhythmik weniger durch Spannungen, als — feingliedrig  
für die Mittelländerin — durch Schwingungen der Glieder und des  
Kopfes bestimmt. Der Rumpf und auch die Arme wirken als sekun-  
däre Ausdrucksmittel, sie werden scheinbar mitgerissen durch den  
Elan der Hände, und vor allem der Beine und Füße. Die Be-  
wegungen der unteren Gliedmaßen sind von einer Beseltheit, wie  
ich sie ähnlich nur bei der Wigman gesehen habe. Jeder Schritt  
atmet Leben und Poesie, und der Reichtum der gern an-  
gewandten rückwärts gerichteten Drehsprünge ist unerschöpflich. Dabei  
niemals die leiseste Spur von akrobatischer Effektmacherei. Alles  
künstlerisch nobel, alles leicht, fast spielend gegeben und vom Zauber  
des im Augenblick Geschaffenen umflossen. Nur ganz selten ein paar  
äußerlich gymnastische oder naturalistisch-pantomimische Gesten bei  
einer Jugend eine große Könnerei und eine Persönlichkeit, deren  
Reichtum und Tiefe unübersehbare Entwicklungsmöglichkeiten in  
sich schließt.  
John Schifowski

„Jenua“ in der Staatsoper. Die Bauernoper von Leo Ja-  
nacek fand nach dem ersten Mißgelingen, nach dem zweiten bege-  
sterten Widerhall. Komponist, Dirigent und Spieler wurden auch  
nach Schluß herzlich gerufen. Das Werk, eine saustidliche veristische  
Unmöglichkeit, hätte dank seiner frassen Handlung vor 20 Jahren  
einen Weltserfolg haben können. Heute ist man in der Oper schon  
um zwei Riesenschritte weiter, man hat das Pathos wie den Na-  
turalismus überwunden. So wirkt die Oper altäuerlich, zumal das  
Ratze, Tischelesche sich nur schüchtern hervorwagt und die musi-  
kalische Arbeit bei aller Ehrlichkeit nicht genug Art, Leidenschaft und  
Abwechslung zeigt, um die Schwächen des Buchs zu erlösen. Der  
sympathische Komponist dankte mit Recht seinen Hörern, vor al-  
len den Frauen Jurjewskaja, Arndt-Ober. Letztere  
schuf eine Figur, deren Temperament und theatralische Reize, deren  
großes Spielformat man seit der Kemp nicht mehr erlebt  
hat, einen Darstellungserfolg ersten Ranges. Ueber die Werte  
und Mängel der Oper sei abends ausführlich gesprochen. R. S.

Männerchöre. In Emil Thilo besitzt der Männergesang-  
verein „Kamerton“, der in der alten Garnisonkirche konzertiert,  
zweifellos einen begabten und willensstarken Führer. Wenn es ihm

nicht gelingen konnte, seinen Chor in absoluter Reinheit vorzuführen,  
so lag das zumeist an dem geringen Material der führenden Tenöre,  
die manche Wirkung beeinträchtigen. Die hierher Chorgesänger  
sprechen leicht und langsam an. Die eingehende Arbeit des Diri-  
genten, besondere Geläufigkeit des Ausdrucks zu erwirken, war  
überall ersichtlich. Die Vorbereitungen des Chores unterbrach wieder-  
holt Otto Briebe mit Orgelvortrügen, wie wir sie von ihm in  
abgerundeter Form gewohnt sind, und, von diesem vortrefflichen  
Orgelmeister begleitet, der Geiger Otto Rybalkowski, von dem  
man recht günstige Eindrücke gewann, und der besonders in der  
Cantillane warmherzige Töne zu finden weiß.

Chormeister Max Schaar Schmidt führte in der Hochschule  
für Musik seinen Männerchor „Harmonie“ auf das Konzer-  
podium. Neben diesem Anerkennenswerten, das das Vorbringen  
dieses Männerchors in ähnlichem Anlauf zu reiferen Taten deutlich  
machte, bemerkte man Klippen, die nach der Ueberwindung barren.  
Weitere Anspannung aller Kräfte würde bei Fleiß und gutem Willen,  
beides Eigenschaften, die bereits die heutigen Chorleistungen des Verei-  
nes bestens beeinflussen und stützen, diese Unebenheiten gemäß be-  
seitigen. Als Solisten des Konzertes waren Margarete Koll (Mezzo-  
sopran) und Karl Borrmann (Fibbe) gewonnen. Während der  
Sängerin, von Frä. Barbara begleitet, unberührt ließ, überzeugte  
Karl Borrmann, der sich von Frä. Quader begleiten ließ, in ge-  
haltenen Sätzen und breiteren Zeilmäßen von guter, edler Ton-  
bildung.

Tabletten statt Impfung. Wie aus Paris gemeldet wird, haben  
die Forschungen Professor Besredas vom Institut Pasteur über die  
Entstehung der Immunität zu Ergebnissen geführt, die  
eine Umwälzung in der bisher geübten Technik der Schutzimpfung  
bedeuten. Professor Besreda bekämpft die allgemein anerkannte  
Hypothese, daß der Schutz gegen Infektionskrankheiten auf der Ent-  
wicklung spezifischer Schutzkörper im Blute beruhe. Allerdings er-  
langt, wie auch er zugibt, das Blut nach jeder Heilung von einer  
Infektion oder nach Impfung mit dem abgetöteten Krankheitserreger  
Eigenschaften, die es vorher nicht besaß, z. B. die Fähigkeit, Bakte-  
rien zu töten oder aufzulösen. Die Annahme, daß die Entwicklung  
von Schutzkörpern im Blut diese Eigenschaften und damit die Heilung  
von jeder Infektionskrankheit verursacht, liegt nahe. Professor Bes-  
reda bewies jedoch, daß in vielen Fällen eine Schutzimpfung, ohne  
daß Schutzkörper im Blut anwesend sind. Er impfte Meeresschwämme,  
gegen Milzbrand sehr empfindliche Tiere, mit dem vorher abgetöteten  
Milzbrandbazillus, und zwar brachte er den Erreger auf das Haut-  
fell oder andere Gewebe, nicht auf die Haut, die den Sitz der Milz-  
brandknoten bildet. Es entwickelten sich im Blut der geimpften Tiere  
keine Schutzkörper, und sie gingen bei einer darauffolgenden Impfung  
mit lebenden Milzbrandbazillen in die Haut ein. Verimpfte er  
jedoch den getöteten Bazillus in die Haut, so wurden die Meer-  
schwämme gegen jede Infektion mit Milzbrand unempfindlich.  
Diese Unempfindlichkeit ist wiederum nicht mit dem Erscheinen von  
Schutzkörpern verbunden. Daraus schloß Professor Besreda, daß  
er, um Schutz gegen Milzbrand zu erlangen, die Widerstandskraft  
desjenigen Gewebes erhöhen müßte, das der Milzbrandbazillus mit  
Vorliebe besetzt, nämlich die Haut.

Von diesen Ergebnissen ausgehend, wandte sich der Forscher  
dem Studium anderer Krankheiten, wie Cholera, Typhus und Ruhr

gültig hingenommen haben, so, weil sie überzeugt sind, daß der Tag bald kommen wird, an dem ihr Führer und Held Ludendorff durch einen neuen Putsch die Macht ergreifen und sie aus dem Zuchthaus befreien wird. Dann werden sie als „Ludendorff-Garde“ erneut in Aktion treten und sich mit frischem Ruhm bedecken.

Oder wird das deutsche Volk am 4. Mai nicht den Ludendorff und Wismeyer einen dicken Strich durch die Rechnung machen?

## Es lebe die Futterkrippe!

Deutschnational-völkisch-volksparteiliche Regierung in Westfalen.

Die Deutschnationalen und natürlich erst recht die Stinnes-Männer in Westfalen können es nicht erwarten, bis sie mit oder ohne Mehrheit an die „Futterkrippe“ kommen. Selbstverständlich, so erklärten sie zuerst nach der Wahl und nach dem Empfang von völkischen Fuhrern, könne eine Regierung ohne Teilnahme und volle Verantwortlichkeit der völkischen Freiheitspartei nicht gedacht werden. Einige neue Bedingungen selbst für völkische Neutralität waren die Antwort. Dann war es eine Forderung still, zumal man bei diesen nationalen „Erreuerern“ das Geschick der Zukunft fürchte.

Die Deutschnationalen verlegten sich jetzt auf das Unterminieren. Sie wirkten von Mann zu Mann mit einem recht lebendigen und freundschaftlichen Agitationschriften, betitelt „Die Freiheitspartei“, in dem an den Wählerbesessenen auch kein gutes Haar gelassen ist. Daß dieses Schriftchen von eigenen völkischen Bekanntheiten trieft, ist selbstverständlich. Ihr völkischer Sturmtrupp, die „völkische Arbeitsgemeinschaft“ (das sind völkisch mobilisierte Deutschnationalen) mußte „unter der Hand“ arbeiten. Sehr treudeutsch verurteilte diese „Arbeitsgemeinschaft“ die Nationalsozialisten von der völkischen Freiheitspartei abzusplittern. Auf die Frage, wie sie (die Deutschnationalen „völkische Arbeitsgemeinschaft“) sich zu der Deutschnationalen Partei stellen, wurde beruhigend versichert, daß man überhaupt nur existiere, um die Deutschnationalen Partei zu zerschlagen!

Während dieser treudeutschen Tätigkeit „unter der Hand“ und als man genötigt worden sei, glaubte, nahm man offiziell erneut mit der Meise des Wiedemanns. Jetzt wird auf einmal nicht mehr davon gesprochen, daß „selbstverständlich“ und „unter gar keinen Umständen“ an eine Regierung ohne verantwortliche Teilnahme der Völkischen zu denken sei. Die Deutschnationalen konnten jetzt ihren Drang nach der Futterkrippe einfach nicht mehr zurückhalten und erklärten sich auf einmal bereit, mit den vorläufigen Gestalten der Stinnes-Partei eine Minderheitsregierung zu bilden oder durch „geeignete“ Beamte bilden zu lassen, wenn die völkische Freiheitspartei folgende schriftlichen Bedingungen eingeht:

1. Sie soll sich bereit erklären, auch der „jüdischen“ Stinnes-Partei ihr Vertrauen auszusprechen.
2. Sie soll Wille und kein Wort von der Vollzettelhaftigkeit der Völkischen über jede Regierung der Nation und
3. Dinsters Politik der „Hand an der Gurgel“ als für Westfalen nicht gültig erklären.
4. Sie soll ihre eigene Presse zurücknehmen!

Wir wissen nicht, ob die Völkischen diese Selbstenttarnung vorgenommen haben, um den Deutschnationalen und den „jüdischen“ Stinnes-Leuten an die Futterkrippe zu helfen. Wohl aber jetzt aus Schwerin berichtet, daß, nachdem der Landtag am Montag zusammengetreten ist und einen deutschnationalen Präsidenten gewählt hat, am Dienstag die neue Regierung gebildet werden soll. Und zwar sind vorgesehen für Inneres und Justiz v. Brandenburg, früherer General, Vorsitzender des westfälischen Landtages, deutschnational; Landwirtschaft und Finanzen Amtsgerichtsrat a. D. Dietrich v. Derges, deutschnational, Mitglied des Landtages; Kultus und Unterricht Pastor Bz. Stam m. Rostock, Deutsche Volkspartei. Die Völkischen sollten sich tatsächlich bereit erklärt haben, die neue Rechtsregierung zu unterstützen und auch den Haushalt zu bewilligen.

Marg fährt nach Wien. WTB. meldet, daß Reichsanstalt Marg dem Bundeskanzler Seipel Mitte der kommenden Woche in Wien einen Besuch abzustatten beabsichtigt.

zu, deren Erreger die Darmzellen angreifen. Um gegen diese Krankheiten zu immunisieren, brachte er die getöteten Bazillen in Verbindung mit dem besten Organ, der Darmwand. Er konnte nachweisen, daß er eine vollkommene Immunität erreichte, indem er die getöteten Erreger verflüchtigte, anstatt sie, wie üblich, unter die Haut zu spritzen. Der erlangte Immunitätswirkung ist nach Ansicht des Professor Besredka, der unmittelbare Einwirkung der Bazillen auf die Darmwandzellen zu verdanken, und nicht ihrer Aufnahme in das Blut. Nachdem er diese Ergebnisse bei Tieren erzielt hatte, übertrug er die gewonnene Erfahrung auf den Menschen und konnte bereits bei einigen Tophus- und Ruhrerkranken nachweisen, daß er durch das Eingeben von Tabletten, die aus getöteten Tophus- oder Ruhrbakterien hergestellt waren, einen wirksamen Schutz gegen Ansteckung erzielte.

Die Gesundheitsabteilung des Reichsbundes hat sich der Sache bereits angenommen und stellt augenblicklich ausgedehnte Versuche in den mit Cholera verheerten Gebieten Rußlands an. Die Forschungen Professor Besredkas sind ohne Zweifel umwälzend und von höchster praktischer Bedeutung, da die bisher geübte Einimpfung von Bakterien unter die Haut ein heftiges Fieber und Unbehagen verursacht, während das Einnehmen von Tabletten sowie die Impfung der Haut keine unangenehmen Folgen hat. Unzweifelhaft werden jetzt diese Personen, die sich der Schutzimpfung gegen Infektionskrankheiten aus Angst vor ihren lästigen Folgeerscheinungen entzogen haben, leichter zu bewegen sein, sich immunisieren zu lassen, wenn sie nichts anderes zu tun brauchen, als ein paar Tabletten zu schlucken.

Das Baumwoll-Land der Zukunft. Der gewaltige Plan der Bewässerung des Sudans in der großen Ebene, die innerhalb des Weissen und Blauen Nil, die sich bei Kartum treffen, liegt, ist vom englischen Unterhaus genehmigt und eine Summe von 13 Millionen Pfund Sterling dafür bewilligt worden. Man hofft auf diese Weise ein Gebiet von 400 000 Hektar für den Baumwollanbau erschließen zu können. Wenn die gegenwärtig in Aussicht genommenen Anlagen durchgeführt sind, werden 120 000 Hektar fruchtbar gemacht; doch soll dann noch eine Erweiterung stattfinden. Das Staubecken nämlich, das sich über eine Entfernung von 90 Kilometer den Strom aufwärts dehnen soll, wird gegen 36 Millionen Kubikmeter Wasser fassen können, wodurch die tatsächliche Bewässerung von gegen 400 000 Hektar möglich wird. Der zunächst ausgeführte Plan umfaßt einen Damm bei Kartum am Blauen Nil, einen Hauptkanal von 95 Kilometer Länge. Die ersten 55 Kilometer dieses Kanals haben ein Bett von etwa 87 Fuß Breite und ein Neigungskennlinie von 700 Kilometer, wozu noch Hilfskanäle von 5000 Meter und Feldkanäle von 8000 Kilometer Ausdehnung kommen. Wenn die entsprechenden Erdmengen in Frage verwandelt werden könnten, würden sie genügen, um eine 5 Fuß hohe und 1 Fuß dicke Mauer rund um den Äquator zu bauen. Das neue Baumwollland wird etwa siebenmal so groß sein als das Gebiet, das der größte Baumwollkonzern der Vereinigten Staaten besitzt. Der Damm besteht in einem so hohen Mauerwerk aus Gestein. Die Länge des Damms beträgt 3 Kilometer, die größte Höhe fast 28 Meter.

Die Geschlossenheit für Sexualreform veranlaßt am 21. abends 8 Uhr, in der Schulaula Friedrichstr. 126 einen Vortrag von Herrn Schöne über „Rationaler Sexualreform, der Weg zur Gesundheit unseres Sexuallebens.“ Diele Aussprache. Eintritt 50 Pf. Gäste haben Zutritt.

## Münchener Recht.

Zur Verhaftung Prof. Dr. Cuidde's.

Die Verhaftung des bekannten Pazifisten Prof. Dr. Cuidde in München, eines Mannes, dessen Persönlichkeit bisher in der Öffentlichkeit auch von den Gegnern seiner Anschauungen stets anerkannt und respektiert worden ist, muß ungeheures Aufsehen erregen. Sie erfolgt in der Hauptstadt eines Landes, das nach dem Ausdruck des Oberreichsanwalts Dr. Ebermayer „jenseitiges Ausland“ ist, eines Landes, in dem wegen Meinungsverschiedenheiten über die polizeilichen Funktionen ausüben können, in dem Hochverräter frei herumlaufen und als nationale Helden gefeiert werden. Die Wirkung eines solchen Vorgehens gegen Cuidde muß nach innen und außen gleich verhängnisvoll sein.

Augenscheinlich will man auch dem hochbetagten Prof. Cuidde einen „Landesverratsprozeß“ anhängen, denn in dem Artikel, dessenentwegen er verhaftet ist, hat er auf die aller Welt und nicht zuletzt den französischen Spionagebüros bekannten Tatsachen hingewiesen, daß in Deutschland illegale Verbände bestehen, die die militärische Ausbildung junger Leute zu ihrem Gewerbe machen. Er deutete darauf hin, daß das bisherige Schwelgen der französischen Regierung über diese Tatsachen den „jüdischen Hintergedanken“ verrate, Deutschland in Sicherheit zu wiegen und zu Unvorsichtigkeiten zu verleiten, damit dann in einem den französischen Gewaltpolitikern günstig erscheinenden Augenblick mit der angeblichen oder wirklichen Vertragsverletzung aufgetrumpft werden könne. Cuidde forderte in diesem Zusammenhang die deutsche Regierung auf, nachzuweisen, daß sie ihre Pflicht getan hat, um „allem sichtlichen Treiben ein Ende zu setzen“.

In dieser Aufforderung an die deutsche Regierung, deutschen Gesetzen Achtung zu verschaffen, auch gegen die illegalen Militärspielerelen, wird jetzt augenscheinlich Landesverrat erblickt. Solche Juristerei bedeutet nicht nur einen Skandal, sondern auch eine ernste und große Gefahr für unser ganzes öffentliches Leben. In München wird jetzt schon seit Wochen vor aller Öffentlichkeit überhandelt über das Massenangebot Hitlerscher, Ehrhardtscher und anderer bewaffneter Banden. Die Bildung solcher Banden ist bekanntlich gesetzlich verboten, das Führen von Waffen ebenfalls, Verstöße gegen diese gesetzlichen Bestimmungen sind mit Strafe bedroht. Nichtsdestoweniger aber wird ganz offen vor dem Münchener Gericht angegeben, daß die Staatsbehörden ebenso wie das Münchener Reichswehrkommando mit den sogenannten Kampfbänden verhandelt hat, wie man mit einem gleichwertigen Kontrahenten zu verhandeln pflegt, und der Kommandeur der 7. Reichswehrdivision, Vossow, hat vor Gericht angegeben, daß er die Waffen der Hitlerschen Banden in Verwahrung gehabt hat.

Alle diese Tatsachen sind in der ganzen Welt bekannt. Aber wenn Cuidde oder ein anderer an solche Zusammenhänge in der Presse erinnert, dann hängt ihm der Erinnerung aus Bayern einen Landesverratsprozeß an. Gegen diesen Unfug muß auf das schärfste Protest erhoben werden, denn diese Verfahren bilden nichts anderes als einen Verrat der republikanischen Grundrechte.

Unsere Beurteilung wird auch von der übrigen Presse geteilt. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Der Verhaftung liegt offenbar der Artikel „Die Gefahr der Stunde“ zugrunde, den Professor Cuidde heute vor acht Tagen in der „Welt am Montag“ veröffentlicht hat. Man fragt sich erstaunt, wie dieser Artikel Anlaß zur Einleitung eines Verfahrens wegen Landesverrats geben kann. Irrendenweise Nachrichten, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich ist, oder irgendwelche Staatsgeheimnisse werden in diesem Artikel nicht ausgeplaudert. Aus ihm spricht die ernste Sorge, ob auch alles geschieht, um den französischen Vernichtungsplänen jeden Vorwand zu fassen Beschuldigungen gegen die Reichsregierung zu entziehen. Wir hoffen, daß auch die Münchener Staatsanwaltschaft sich von diesem Sachverhalt überzeugen und ihre Aufmerksamkeit auf die wirklichen Gefahren- und Verfassungsverletzungen in Bayern konzentrieren wird.“

Auch die „Völkische Zeitung“ kommt zu dem Ergebnis: „Es ist unbegreiflich, wie der hochbetagte Mann in einem gerichtlichen Verfahren ausgesetzt werden kann. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat damit ohne Zweifel der deutschen Außenpolitik einen schweren Schlag versetzt.“

Es gehört zum Biß der reaktionären Presse, daß die „Kreuzzeitung“ sich nicht schämt, die Meldung über die Verhaftung mit einem zustimmenden Kommentar zu versehen.

## Die zerschlagene Wahlparole.

Wir haben gestern abend eine sachliche Kritik der „Frankfurter Zeitung“ an der Haltung der Regierung Marx wiedergegeben. Die Unzufriedenheit der Reichstagesherausgeber ist durch die Zustimmung der demokratischen Abgeordneten Dr. Bachnick im „Acht-Uhr-Abendblatt“ mit der Zustimmung und Hält der Regierung Marx vor, daß sie Deutschland in außen- und innenpolitische Unsicherheit geworfen habe.

Die getroffene Entscheidung hat keineswegs nur eine formale Bedeutung; sie kann vielmehr schwere praktische Folgen nach sich ziehen. Für fast zwei Monate ist kein Reichstag da, und bis er im britischen Monat arbeitsfähig wird, vergehen wieder Wochen. Das ist gerade die Zeit, in welcher wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen. Das jetzige Kabinett wird selbst nicht glauben, daß es die Wahlen überdauert. Es wird auch vom Ausland als für die Zukunft bestimmend nicht anerkannt werden. Wie nun, wenn inzwischen Entscheidungen über die Militärkontrolle, über Vorschläge der Reparationskommission getroffen werden müssen? Bunter lebenswichtige Fragen erster Ordnung. Ebenso sind innenpolitische Fragen von großer Tragweite zu lösen, so namentlich die Erhöhung der Beamtenegehälter und der Staatsarbeiterlöhne mit Hinblick auf die in der geplanten Höhe kaum zu ertragende Mißsteigerung. Das alles soll nun auf Grund des Artikels 48 einseitig von der Regierung erledigt werden unter Berufung darauf, daß „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet“ werden könnte! In eine so weite Auslegung dieser Worte hat die verfassunggebende Nationalversammlung wahrhaftig nicht gedacht. Es fragt sich, ob die Rechtsprechung eine derartige Interpretation anerkennt.

Diese Konsequenzen hätten vermieden werden können, wenn der Streit nicht ungebührlich aufgedauert worden wäre. Man brauchte den Reichstag gar nicht wehr lange tun zu lassen; die Wahlbewegung zwingt die Abgeordneten ins Land. Es genügt, daß er existiert blieb und im Dringlichkeitsfall zusammengerufen werden konnte, um den Entscheidungen die gesetzliche Grundlage zu geben und ein Ueberdauern der Verfassungsverzögerung zu verhindern. Das Kabinett Marx hat es anders gewollt und damit eine gefährliche Bahn betreten.“

Mit anderen Worten heißt das: die Regierung Marx erzielt das Gegenteil von dem, was sie in ihrer Erklärung als ihr Ziel bezeichnete. Herr Bachnick beginnt seine Kritik mit dem Satz: „Alle war eine Reichstagsauflösung innerlich so wenig begründet wie die vom 13. März.“ Aus der Mitte der Regierungsparteien heraus wird der Regierung die Wahlparole zerschlagen, die sie den Regierungsparteien in ihrer Erklärung geben wollte. Der Charakter dieser Regierung wird so von ihren eigenen Anhängern geläutert: ein von stark bürokratischem Geiste getragenes Kabinett, das weder die Notwendigkeiten moderner Demokratie, noch die wahren Interessen des Reiches erkennt.

## Die Reichsfarben in Bayern verboten.

München, 17. März. (WTB.) Nach einer Feier des Republikanischen Reichsbundes bewegte sich am Sonntag vormittag ein großer Demonstrationzug unter Führung schwarzer Fahnen in das Stadtmünchener. Der Zug wurde von der Landespolizei aufgelöst. Einige widerpenfliche Teilnehmer wurden verhaftet und die Fahnen beschlagnahmt.

## Abgelehntes Volksbegehren.

München, 17. März. (WTB.) Die Volksversammlung des Landtages behandelte heute die Volksbegehrenden der Pandarischen Volksparade. Dafür wurden 72, dagegen 66 Stimmen abgegeben, so daß die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist und die Begehren als abgelehnt gelten. Der Präsident teilte nach der Abstimmung mit, daß er ihr Ergebnis sofort dem Staatsministerium zuleiten werde, damit nurmehr die Volksentscheidung über die Volksbegehren herbeigeführt werden könne.

## Personalauschuß und Sparauschuß.

Auf die Anregung der sozialdemokratischen Fraktion, die beim Sparauschuß des Reichstages schwebenden Beschwerden über ungerochtfertigten Personalabbau mit der Auflösung des Reichstages nicht unter den Tisch schieben zu lassen, hat sich die Regierung bereit erklärt, den Sparauschuß weiter tagen zu lassen. Beschwerden in Abbaugeschäften sind infolgedessen nach wie vor an den Sparauschuß des Reichstages zu richten.

Der Sparauschuß hat in eingehender Beratung und Prüfung der Personalabbauverordnung folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Den Reichspostminister zu ersuchen, spätestens eine Uebersicht vorzulegen, aus der zu ersehen ist, wieviel Beamte, nach Gruppen geordnet, in die nachgeordneten Stellen veretzt wurden. Der Auschuß bringt weiter zum Ausdruck, daß Schwerkräftige Beschäftigte nur in Ausnahmefällen abgebaut werden sollen. Bei Bedarf von Hilfskräften sollen zunächst abgebaute Beamte und Angestellte berücksichtigt werden.
2. Das Reichsverkehrsministerium zu ersuchen,

1. die den Inhaftierten gegenüber ausgesprochenen Rückbildungen sogleich zurückzunehmen;

2. den abgebauten und abzubauen über 60 Jahre alten Rüdigungsbeamten, welche aus dem Eisenbahnerberufstande hervorgegangen sind und eine langjährige Gesamtarbeitszeit bei der Eisenbahnverwaltung zurückgelegt haben, auch dann ein Ruhegehalt zu gewähren, wenn sie als Beamte noch keine Ruhegehaltsberechtigte Dienstzeit von 10 Jahren erfüllt haben;

3. sogleich eine Uebersicht über den bis 31. März 1924 durchzuführenden Abbau vorzulegen, und zwar getrennt nach a) Ministerium, b) Zentralamt und zentrale Uemder, c) Direktorat (summarisch), d) Betrieb, e) Bau- und Bohnerhaltung, f) Werkstätten einschl. Betriebswerkstätten, g) Abbau nach technischen und nichttechnischen Degeneration (summarisch). Vergleichsweise werden Gegenstellungen mit dem Friedensstande sowie über den Verkehrsumfang, die Betriebsleistungen und die Leistungen der Werkstätten erbeten.

3. Die Reichsregierung zu ersuchen, mit kurzer Frist das Reichskommissariat für die Kohlenverteilung nebst den dazugehörigen Organisationen, den Eisenwirtschaftsbund, den Metallwirtschaftsbund und sämtliche noch vorhandenen Ushenhandelsstellen zu beseitigen.

4. Der Auschuß bringt zum Ausdruck, daß der Abbau im Ressort der Verwaltung der Wasserstraßen ungenügend ist. Dieser mangelhafte Abbau kann nicht damit begründet werden, daß der Verwaltung der Wasserstraßen künftig weitere Aufgaben übertragen werden könnten.

## Vor der Schaltserhöhung.

Das Reichskabinett hat sich gestern nachmittag mit der Frage befaßt, welche Schaltserhöhung für Beamte ohne Gefährdung der Währung am 1. April möglich ist. Die Beratung ist nicht zum Abschluß gebracht, sondern auf heute vertagt worden.

## Endlich Notstandsarbeiten!

Der lange Winter hat den Beginn großzügiger Kultivierungsarbeiten durch die produktive Erwerbslosenfürsorge, die bereits seit langem vom Reichsarbeitsministerium in Verbindung mit den Regierungen der Länder vorbereitet sind, stark verzögert. Nunmehr werden in weitem Umfang in Dienste der Erwerbslosenfürsorge Landgewinnungsarbeiten, Reklamationsarbeiten, Ausschließungen von Siedlungsgelände usw. in Angriff genommen werden, um zugleich die Grundlage der deutschen Volksernährung zu verbreitern und das ländliche Siedlungsweesen zu fördern. Ihrer Natur nach liegen diese großen Arbeiten vielfach von den Großstädten entfernt, weil sie in den Oedlandgebieten, den Heiden und Mooren vor sich gehen. Aber auch dicht bei Berlin sind zwei große Projekte im Gange, und zwar im Süden große Reklamationsarbeiten bei Königs-Wusterhausen, im Norden die Anlage des Stichtkanals bei Belten, die zugleich der Erschließung eines großen Industrie- und Siedlungsgeländes dient. In Königs-Wusterhausen werden ungefähr 120 000 Erwerbslosen-Tagewerke geleistet werden; zurzeit sind etwa 700 Erwerbslose, davon der größte Teil aus Berlin, dort tätig. Die Gesamtkosten des Projekts werden sich auf etwa 1 Million Reichsmark belaufen. Bei Belten werden über 6000 Morgen Land kultiviert, davon 3400 Morgen zu Siedlungszwecken (900 Siedlerstellen von ¼ bis 50 Morgen Größe, über 2000 Morgen Industriegebiete und der Rest für Straßen und dergleichen). Die Gesamtkosten werden sich auf annähernd 12 Millionen Reichsmark belaufen. Die Zahl der beschäftigten Erwerbslosen wird in kurzer Zeit auf 3000 gebracht werden.

Im Verhältnis zu der noch immer bestehenden Arbeitslosigkeit bietet die jetzt endlich angeforderte Aufnahme von Arbeitskraft durch die produktive Erwerbslosenfürsorge nur wenig Beschäftigungsmöglichkeit. Die Organisation einer umfassenden gemeinwirtschaftlichen Bautätigkeit allein könnte der gegenwärtigen Notlage in umfassender Weise steuern. Darin hat die Reichsregierung aber bisher durchaus verfaßt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Es bleibt beim Achtstundentag! Im deutschen Baugewerbe.

Im Baugewerbe ist mit Wirkung bis zum 15. November 1924 eine Neuregelung der Arbeitszeit zustande gekommen. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt danach ausschließlich 48 Stunden. Auf Anordnung des Geschäftsführers oder seiner Stellvertreter sind innerhalb drei Monaten bis zu 85 Stunden Mehrarbeit zu leisten, wenn ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. Die Entscheidung darüber liegt beim Tarifamt. Auf Anordnung des Geschäftsführers, aber möglichst im Benehmen mit der Angestelltenvertretung, sind in Ausnahmefällen Ueberstunden zu leisten, für welche 1/100 des Monatsgehalts mit 20 Proz. Zuschlag, für Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt werden.

### Klärung im Bekleidungsarbeiter-Verband.

Die inneren Vorgänge in der Organisation beschäftigten eine stark besuchte Funktionärerversammlung des Bekleidungsarbeiterverbandes. Bevollmächtigter Lehmann führte zum Thema aus: „Der das Vorgehen der „Opposition“ in der Filiale Berlin aufmerksam beobachtet, konnte schon seit langem nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß es auf eine Spaltung der Organisation abgesehen war. Nur zu lange hat die Ortsverwaltung Langmut geübt, bis schließlich doch nichts anderes übrig blieb, als den entscheidenden Schritt zu tun und beim Hauptvorstand den Ausschluß der größten Wähler und Organisationsleiter zu beantragen. In Anerkennung der Sachlage und mit Rücksicht darauf, daß es dringend notwendig war, die Organisation angesichts des Generalangriffs des Unternehmertums zu festigen, gab auch der Hauptvorstand dem Antrag statt. Den beauftragten Funktionären wurde ein Reviers vorgelegt, wonach sie bei ihrer Tätigkeit innerhalb des Verbandes an die Statuten und Beschlüsse des Verbandes und der Spitzenkörperschaften gebunden seien. Die Unterschrift wurde von den der KPD. angehörenden Angestellten verweigert. Man war dreist genug, seiner Bewunderung darüber Ausdruck zu geben, daß eine solche Unterschrift nicht schon längst gefordert worden war und die inzwischen erfolgte Entlassung nicht schon früher ausgesprochen wurde. Die Rolle der „Märtyrer“ paßt ihnen jetzt schlecht, denn sie haben nicht einmal die Verbandsinstanzen wegen des Ausschlusses angezweifelt. Damit ist aber auch klar der Beweis erbracht, daß es diesen Gewerkschaftsleitern nur darauf ankam, einen eigenen Laden aufzumachen.“

Diese verbrecherische Absicht ist ihnen aber schon bei ihrer ersten „Lohnbewegung“ in der Herrenmahlbranche gründlich verdorben worden. Den mitgelaufenen Mitgliedern wird nur zu bald die Erkenntnis dämmern, daß in der neuen „Organisation der Opposition“, wie sie sich schamhaft nennt, keine Gewerkschaftsarbeit geleistet werden wird, sondern daß sie lediglich für kommunistische Parteizwecke mißbraucht werden sollen. Der Redner wandte sich scharf gegen die Streifführung bei den Herrenmahlwebern, wo Mitglieder des alten Verbandes in fast angebrachtem Solidaritätsgelübde sogar Streikposten stehen, während die radikalen Maulhelden zu Hause sitzen und Arbeit für kleine Meister verrichten. Lehmann schließt seine Ausführungen unter großem Beifall mit der Aufforderung an die Anwesenden, alle Körperschaften mit Kollegen zu besuchen, die gemißt sind, praktische Gewerkschaftsarbeit zum Wohle der Gesamtmitgliedschaft zu leisten. Wer sich für seine Tätigkeit im Verbands Anweisungen von außerhalb der Organisation lebenden Stellen holt, hat bei uns keinen Platz.

Nach eingehender Aussprache, die den Willen erkennen ließ, befreit von allen berufsmäßigen Zerstörungen und Radaumachern, nutzbringende Arbeit zu verrichten, nahm die Versammlung gegen zwei Stimmen eine Entschließung an, die sich mit den Maßnahmen der Ortsverwaltung einverstanden erklärt, ein Sympathisieren mit der Sonderorganisation ablehnt und die für alle Mitglieder und Funktionäre das Statut und die Verbandsbeschlüsse als maßgebend erklärt.

Damit wird auch für den Bekleidungsarbeiterverband, der in der letzten Zeit sehr zum Schaden seiner Mitgliedschaft schweren inneren Entschünerungen ausgekehrt war die Bahn wieder frei für die Aufgaben der Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessensvertretung der Berufsangehörigen. In den Mitgliedern wird es nunmehr liegen, jeden der seine schmutzigen Hände unter dem Traumentel der „Opposition“ nach der Einigkeit und der Geschlossenheit der Organisation streckt, von Anfang an gehörig auf die Finger zu klopfen.

### Die Justizbeamten zur Abwehr entschlossen!

Eine vom Landesverband Preußen der Justizbeamten im „Deutschen Hof“ abgehaltene öffentliche Protestversammlung beschäftigte sich in erster Linie mit der drohenden Wiedereinführung des Kanzeleizettels. Linke führte hierzu aus, daß es früher üblich gewesen sei, die Schreibarbeiten der Kanzleibeamten nach Silden auszuführen und entsprechend gering zu bezahlen. Infolge der zur Bestreitung des Lebensunterhalts notwendigen Ueberarbeit litten die Beamten an ihrer Gesundheit und wurden ihren Familien entfremdet. Bei diesem System machten sich auch mehrfache zeitraubende Kontrollen notwendig. Dabei wurde Arbeitskraft vergeudet und Staatseigentum verschwendet. Im November 1918 kam endlich eine Verfügung heraus, die dieses elende Kontrollsystem beseitigte. Geeigneten Kanzleibeamten wurde im Jahre 1921 auch die Zeichnungsbefugnis übertragen. Durch diese verantwortliche Betätigung dieser Beamten trat eine wesentliche Ersparnis für die Verwaltung ein, und die Verfahren wurden beschleunigt. Bezeichnend ist es, wenn eine Stelle schreibt, die Leistungsfähigkeit in den Kanzleien könne entschieden gehoben werden, wenn die nach dem November 1918 erlassenen „marginalen“ Verordnungen wieder aufgehoben würden. Bei dem Beamtenabbau hat man es niemals für notwendig gehalten, auch höhere Beamte darin einzubeziehen. Es kann nicht angehen, daß man nur auf Kosten einer Beamtengruppe zu „sparen“ sucht. Wenn die Staatsverwaltung uns wieder ein Kontrollsystem zumutet,

das sogar in der Denkschrift des Herrn v. Mügel als unförmlich bezeichnet wird, dann werden wir den uns zugeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen.

In der Diskussion, an der sich Vertreter aller anwesenden Justizbeamtengruppen beteiligten, kam einmütig der Wille zum Ausdruck, sich nicht wieder ein so unwürdiges Kontrollsystem aufzwingen zu lassen.

In ihrer Entschloßung erheben die Justizbeamten und Angestellten schärfsten Protest gegen die Einführung irgendeines der Kanzeleibeamten und Angestellten treffenden Kontrollsystems und verlangen, daß alle dahingehenden Bestrebungen unterbunden werden. Eine solche Kontrolle verleiht das Ehepaar der Beamten und Angestellten und untergräbt die Dienstförmlichkeit.

Nach Beseitigung des früheren Kontrollsystems haben die Kanzeleibeamten und Angestellten bei erweitertem Arbeitsgebiet und Uebernahme der vollen Verantwortung alle aufkommenden Arbeiten, einschließlich der früheren Orts anerkannte pflichttreue Tätigkeit und den Wegfall der für die Kontrollbeamten entstehenden erheblichen Kosten den Staatsfinanzen nur Vorteile verschafft.

Die Wiedereinführung einer Kontrolle in irgendeiner Form ist absolut nicht notwendig und steht auch den Abbaubestrebungen entgegen. Von der Justizverwaltung erwarten die Versammelten, daß die von den Organisationen eingereichten Reformvorschlüsse alsbald beraten und durchgeführt werden.

## Allgemeine Funktionärkonferenz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der USPD.

am Mittwoch, den 19. März, abends 7 Uhr,  
im Lehrervereinshaus (gr. Saal), Alexanderplatz.

Tagesordnung: „Der bevorstehende Reichstags-  
wahlkampf.“ Referent: Genosse Franz Künzler.

Ohne Mitgliedsbuch der Partei und Funktionärsausweis für 1924 kein Zutritt.  
Der Bezirksvorstand.

### Reichstarif für die Schuhindustrie.

In einer Funktionärerversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Schuhmacherverbandes berichtete Hört über die Verhandlungen im neuen Reichstarif. Die Löhne der Arbeiter über 21 Jahre betragen in Ostpreußen 1 45 Pf. die Stunde. Für Zeitarbeiter ist der Zuschlag auf 12 1/2 Proz. erhöht worden. Auch die Prozentlöhne der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind erhöht worden. Alle im Tarif festgesetzten Löhne sind Mindestlöhne. Die Festsetzung der wirklichen Löhne verbleibt der betriebsweisen Regelung. Die Lohnwoche fällt mit der Kalenderwoche zusammen. Die Lohnzahlung muß mindestens am Mittwoch der folgenden Woche erfolgen. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit muß in Gemeinschaft mit der gesetzlichen Betriebsvertretung festgelegt werden. Für den Fall, daß keine Einigung zu erzielen ist, entscheiden die im Tarif vorgesehenen Instanzen. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Bei Bedarf kann die Arbeitszeit um eine Stunde täglich verlängert werden, wenn die Arbeiterschaft des betreffenden Betriebes regelmäßig voll beschäftigt ist und die Gründe für die Verlängerung dem Betriebsrat mitgeteilt wurden. Für diese erste Stunde muß ein Zuschlag von 15 Proz. bezahlt werden. Jede weitere Mehrarbeit bedarf der Vereinbarung mit der Betriebsvertretung und wird mit einem Zuschlag von 25 Proz. entschädigt. Arbeit am Sonn- und Feiertagen ist verboten, es sei denn, sie diene zur Aufrechterhaltung des Betriebes. Für Nachtarbeit nach 8 Uhr abends und vor 6 Uhr früh wird ein Zuschlag von 50 Proz. gezahlt. Diese Bestimmung tritt außer Kraft, wenn die regelmäßige Arbeitszeit in diese Zeit fällt. Der Tarif ist am 3. März in Kraft getreten.

Den Ausführungen des Bevollmächtigten schlossen sich Berichte der Betriebsvereinsleiter über die bisherigen Auswirkungen des Tarifs in den einzelnen Betrieben an.

### Abwehrkampf der Porzellanarbeiter.

Für die feinkeramische Industrie fällt am 27. Februar 1924 ein Schlichter des Reichsarbeitsministeriums den unglücklichen Schiedsspruch, daß den sonstigen Arbeitern und Arbeiterinnen 3 Prozent ihres Lohnes abzubauen sind. Die Arbeitnehmervertreter lehnten den Schiedsspruch ab, die Arbeitgeber nahmen ihn an, unterziehen es aber schließlich, die Verbindlichkeit zu beantragen. Der Spruch erlangte also keine Rechtsverbindlichkeit und wurde nicht betreten. Das hielt jedoch eine Anzahl Schlichter nicht ab, die unrechtmäßigen Abzüge zu vollziehen, was sich die Befehlschaften nicht allzuweit gefolgt sehen. Einige Befehlschaften leuten auf Grund dieser diktorischen Eigenmächtigkeit die Arbeit nieder. Die Arbeitgeber können es sich anscheinend leisten, ihre Betriebe in den Zeiten der so viel gepredigten „Wirtschaftskrisis“ trotz großer Aufträge stilllegen zu lassen, und das alles deshalb, weil sie unbedingt 40 Pf. für einen Arbeiter und 20 Pf. für eine Arbeiterin in der Woche ersparen wollen. Es stehen rund 3000 Porzellanarbeiter im Abwehrkampf. Die Behörden sehen in den Zeiten der allgemeinen Not mit Gleichgültigkeit zu, wie um ein Strecklohn von 900 Mark in der Woche von den Arbeitgebern gerungen wird.

### Die Arbeiterinnenlöhne in der Metallindustrie.

Nach einem Urteil des Gewerbegerichts Berlin, welches wir in Nr. 128 des „Vorwärts“ veröffentlichten, haben die Arbeiterinnen, welche in den dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Betrieben beschäftigt sind, für die Zeit vom 26. November bis 31. Dezember 1923 Anspruch auf 75 Proz. des Lohnes der männlichen Arbeiter ihrer Berufsgruppe.

Am 17. März hat die Kammer 8 des Gewerbegerichts in einem gleichen Falle denselben Rechtsstandpunkt eingenommen, ist aber über das Urteil der Kammer 11 noch insofern hinausgegangen, als sie erklärt, da Tarife unanwendbar sind, bleiben die Tarifbestimmungen für die Vertragsparteien bindend, auch wenn gegen die tarifwidrige Entlohnung kein Einspruch erhoben wird.

Das bedeutet also: Alle in Betrieben des BMBV beschäftigten Arbeiterinnen, die bis zum 31. Dezember v. J. weniger als 75 Proz. der Männerlöhne ihrer Berufsgruppe erhalten haben, können die Differenz mit Aussicht auf Erfolg beim Gewerbegericht einfordern, auch wenn sie den geringeren Lohn hinnahmen, ohne Einspruch dagegen zu erheben.

### Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie.

Am Freitag fanden Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie zwecks Regelung der Urlaubszeit und der März-Gehälter der Angestellten statt. Die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse hinsichtlich des Urlaubs genügen nicht; über etwaige Gehaltserhöhungen per März wollen sie noch ihre Mitglieder befragen. Da der Gewerkschaftsbund der Angestellten das von den Arbeitgebern angetragene Abkommen, betr. Arbeitszeit-Verlängerung bis zu 60 Stunden ohne Mitwirkung der Angestelltenvertretung, angenommen hat, glaubten die Arbeitgeber, daß die Verhandlungen über diese Frage erledigt seien.

Durch die Vertreter des BDA wurden sie aber eines Besseren belehrt und mußten schließlich auf die Frage, ob sie die Arbeitszeitverlängerung mit dem BDA als geschlichtet betrachteten, antworten, daß sie sich darüber noch nicht im klaren seien. In einer KfM-Funktionärerversammlung, die an dem gleichen Abend tagte, wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 14. März tagende Funktionärerversammlung der Fachgruppe Chemie des KfM-Bundes stellt sich geschlossen auf den Boden des Achtstundentages und verlangt von der Tarifkommission, daß sie auf keinen Fall in dieser Frage auf Konzessionen einsteigt. Den ausgeübten und streikenden Chemiearbeitern versprechen die Funktionäre volle Solidarität.

### Märzfeier der Berliner Gewerkschaftsjugend.

Die Freie Gewerkschaftsjugend und die Freie Angestelltenjugend veranstalten gemeinsam am nächsten Sonntag (23. März) abends 7 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses ihre Märzfeier. Namhafte Künstler werden aus den Werken moderner Autoren registrieren. Das Steiner-Rothstein-Quartett wird die Musikarbeiten bestreiten und eine Ansprache des Genossen Rielisch wird auf die Bedeutung der Feier und die Beziehungen der Dichter zur gegenwärtigen Zeit hinweisen.

Auch die erwachsene Kollegenschaft ist willkommen. Karten zum Preise von 40 Pf. sind bei der Gewerkschaftskommission (Augustenstraße 24/25, Zimmer 13, und im Jugendsekretariat des BDA, Belle-Alliance-Straße 7/10, zu haben.

### Lohnbewegung der Pariser Bankangestellten.

Paris, 17. März. (Eoener Telegraph.) Die Pariser Bankangestellten sind in eine Gehaltsbewegung eingetreten. Eine von den CGT angeschlossenen Organisationen einberufene und von etwa 5000 Angestellten beauftragte Versammlung hat beschlossen, außer einer Erhöhung der Feuerungszulagen die Gewährung einer besonderen Ortszulage für Paris in Höhe von 1200 Franc zu fordern und mit allem Nachdruck für die Respektierung des Achtstundentages einzutreten.

Die Differenzen im Hotel Adlon beigelegt. Die im Laufe des Montags geführten Verhandlungen haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Der Streik ist abgebrochen, die Arbeit wird heute (Dienstag) vormittag wieder aufgenommen.

Der Lohnstreik im Münsterländischen Textilgewerbe ist durch nochmalige Einigungsverhandlungen zu einem gedeihlichen Abbruch gebracht worden. Es findet insgesamt eine nicht unbedeutende Aufbesserung der Löhne statt. Die Allordilohnzulage werden in ihrer Gesamtheit um 8 1/2 Proz. die Spitzenzeitlöhne wurden um 8 Pf. erhöht, die Löhne der Jugendlichen wie auch die Zeitlöhne in den Spinnereien und die der Welfello-Spinner werden prozentual mehr erhöht. Die Löhne der Arbeiterinnen sind ungefähr in demselben Prozentsatz erhöht wie die Löhne der männlichen Zeitarbeiter, während die Allordilöhne der Arbeiterinnen genau dieselbe Erhöhung erfahren wie die Allordilöhne der männlichen Arbeiter. Die Münsterländische Textilindustrie umfaßt über 200 Textilbetriebe mit über 57000 Textilarbeitern.

**Wichtig!** Die Funktionärerversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Schuhmacherverbandes am 27. Februar 1924. Die Funktionäre sind verpflichtet, die Beschlüsse der Versammlung zu befolgen. Die Funktionäre sind verpflichtet, die Beschlüsse der Versammlung zu befolgen. Die Funktionäre sind verpflichtet, die Beschlüsse der Versammlung zu befolgen.

**Koch & Seeland**  
Besichtigung ohne Kaniszwang  
Herrenstoffe „reine Wolle“ 8.-  
für Anzüge, Ulster, Paletots . . . Mtr.  
Damen-Gabardine „130 breit“ 6.-  
viele Farben, reine Wolle . . . . . Mtr.  
Sartaudenstr. 20/21 Seegr. 1893  
Sophien-Säle Säle für Vereine und Sophienstr. 18  
Nord 9296 Versammlungen

Virginia  
Prinzess Pryka  
Raconta  
Niiperte  
Virginia Lord Bourgoyne  
Bajazzo  
Pf.  
**4**  
Raconta  
rund, dick, ohne Mundstück, die neue  
Avramikos.  
Zigarette  
für den verwöhntesten Raucher  
Mahdi von Cairo  
Mahdi-Auslese  
Edle von Hamburg  
Turridu  
Hausmarke  
Renata

## Schwarz-Rot-Gold.

Eine Erinnerung aus Anlaß des 18. März.

„So hebt die schwarzrotgoldenen Fahnen und laßt sie durch die Bande wehen, so gebt den Fahnen eurer Ahnen ein glorieuses neues Aufsehen! Nicht sechsunddreißigfach gespalten, nicht mehr in aller Wappen Gold. Das Banner, das wir einzig halten, ist unser heilig Schwarzrotgold.“

Denn ob wir all in dunklen Sorgen geharret eine lange Nacht, doch endlich sprang der Freiheit Morgen empor in blutiger Pracht. Und aus dem finstern Wolkentranze, der vor dem Morgenwind zerbricht, steigt auf mit segnungsvollem Glanze des Tages neues goldenes Licht.

Rum schlingt die schwarzrotgoldenen Fahnen zusammen in ein festes Band und zieht es rings auf Sieg und Bahnen um unser deutsches Vaterland, vom Hochgebirg bis zu denen Dünen, vom Aufgang bis zum Niedergang, die alle Spaltung auszuföhnen, die unsere beste Kraft bezwang.

Wo deutsches Auge treu und offen in deutsches Bruderauge blüht, wo deutsche Hand mit festem Hoffen noch deutsche Hand zum Gruße drückt. Wo deutsche Vieder freudig klingen, wo deutsche Träne neigt den Sand, das alles soll umschlingen das eine heilige deutsche Band.“

Vermutlich wird man an diesem die Farben der deutschen Einheitsrepublik beherrschenden Gedicht nur auszusehen haben, daß das Deutsche darin gar zu auffällig und zu gefühlvoll betont wurde. Im übrigen wird jeder, der das Gedicht, richtiger den Sang liest, den Eindruck gewinnen, daß es der Dichter doch recht aufrichtig und ehrlich gemeint und daß ihn zweifellos eine Art Begeisterung für Schwarzrotgold zu diesen Worten getrieben hat. Wenn man aber nun etwa glaubt, daß dieser Lobpreis in den Tagen der Republik verfaßt worden ist, so irrt man sich. Das Gedicht steht nämlich abgedruckt in einem von dem Oberpostinspektor Karl Heinicke, Berlin W. 66, Reichspostamt, im Jahre 1915 herausgegebenen „Deutschen Viederbuch“, das der betreffende Herr im Auftrage des „Deutschbundes“ zusammengestellt hat. Der Verlag des Buches ist die Kanzlei des Deutschbundes in Gotha. Dieser Deutschbund aber ist eine Vorkriegsgründung. Er wurde geleitet von einem meiningischen Regierungsrat namens Gerstenhauer und war vollkommen — völlig — eingestellt. Dieses Gedicht ist aber in diesem Viederbuch nicht das einzige, das die hohen- und niedrigen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm II. so tief verhaßte Freiheits-, Einheits- und Demokratenfarben schwarzrotgold begeistert lobt. Auch den herrlichen Grabgesang, den Freiherr von Binger im Jahre 1818, als die preussische und europäische Reaktion wieder voll im Gange war, auf die damals freiheitlichen Burschenschaftlichen Gedächtnisfeier: „Wir hatten gebaut ein stattliches Haus...“ ist in diesem Viederbuch enthalten. Bekanntlich heißt es weiter in dem Gedicht: „Das Band ist zerschnitten, war schwarz, rot und gold.“ Und schließlich findet man in dem Viederbuch auch das Gedicht von Karl Hinkel: „Wo Mut und Kraft...“, dessen zweite Strophe lautet: „Rot wie die Liebe sei der Brüder Zeichen, rein wie das Gold der Geist, der uns durchglüht, und daß wir nie, im Tode selbst nicht, weichen, sei schwarz das Band, das unsere Brust umzieht.“ Andere wahre Freiheitsgedichte von Schenkendorf und Freiligrath stehen gleichfalls in dem Viederbuch. „Nimmer wird das Reich zerstört, wenn ihr einig seid und treu.“ hat der Herausgeber Heinicke ahnungsvoll sperren lassen.

Damals also war in Deutschland ein Bund, der sich „völlig“ nannte und es dennoch verantworten konnte, daß er in der Kriegszeit ein Viederbuch herausgab, das den Kriegern ins Feld geschickt wurde und in dem die alte deutsche Einheits- und Demokratenfahne schwarzrotgold, die damals schon die Fahne aller Deutschen Oesterreichs war, gepriesen wurde. Und die Wagnen, die sich seit 1918 völlig nennen, waren es, die dieselben jetzt zur Fahne der Republik erwählten Farben in der schändlichsten und gemeinsten Weise beschimpft haben. Sie haben damit, wenn sie es vor dem Krieg ehrlich gemeint haben, ihre eigenen Ideale beschimpft. Damals sangen sie, daß sie nicht in 36 Kleinstaatchen gespalten sein wollten, und heute lassen sie es zu und sorgen dafür, daß von Bonern aus die Spaltung der Deutschen vorerweitert wird. Damals ließen sie singen: „Das Banner, das wir einzig halten, ist unser heilig Schwarzrotgold.“ Heute sehen wir, daß es weder ihr Banner noch heilig war. Heute hat die Sozialdemokratie den Mut und die Kraft gefunden, neben ihrer roten Weibchenfahne, dem Zeichen der übernationalen

Menschenbrüderlichkeit, auch das alte deutsche Freiheitsbanner schwarzrotgold aufzuspflanzen. Und dieses Banner, beschimpft, verachtet, bespottet und zerrissen von denen, die es einst „unser heilig Schwarzrotgold“ heuchlerisch, wie nun wohl feststeht, priesen, senkt sich heute mit den roten Bannern in Ehrerbietung und Dankbarkeit vor den Toten des 18. März 1848 und vor denen der Märztage von 1920, die im Berliner Friedrichshain ruhen.

## Anny Sanned vor Gericht.

Prüfung auf der Anklagebank. — Ein weiblicher Staatsanwalt.

Der große Hochstapelerprozess gegen Frau Anny Sanned-Bernide wurde gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zu Ende geführt. Es wurden noch zahlreiche Zeugen vernommen, aus deren Aussagen hervorging, daß die Angeklagte es mit großer Geschicklichkeit verstanden hatte, das Geld den Beuten abzuladen. Nachdem die Angeklagte zu Beginn der Sitzung sich sehr ruhig verhalten hatte, verlor sie plötzlich einen richtigen Theatercoup. Mit einem Male entstand auf der Anklagebank ein großes Hallo. Die Angeklagte geriet mit dem Anklagebank, ihrem früheren Liebhaber, Max Cohn, in ein Handgemenge und beschimpfte ihn fürchterlich. Landgerichtsdirektor Joll ließ die Angeklagte trennen und einen Wachmeister sich zwischen sie setzen. Dann stellte sich aber heraus, daß die Sanned Cohn beschimpft hatte, weil er ihr eine kleine Schere, die sie aus der Tasche gezogen hatte, um sich die Fingernägel zu durchschneiden, weggenommen hatte. Tatsächlich hatte sie sich auch schon einen kleinen Einschnitt am Arm beigebracht. Nachdem war die Angeklagte wieder still. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kasper ließ durch die Referendarin Dr. Bismuth die Anklage vertreten. Diese erklärte in der Angeklagten eine gemeingefährliche gewerbsmäßige Hochstaplerin, die zahlreiche kleine Beute um ihr ganzes Vermögen gebracht habe. Sie beantragte, die Angeklagte wegen Betruges in 29 Fällen und Urkundenfälschung zu einer Gefängnisstrafe von sieben Jahren Zuchthaus zu verurteilen. Gegen Cohn wurde ein Jahr Gefängnis beantragt. Die Rechtsanwältin Dr. Frey und Dr. Eisenstadt verteten sich auf die Gutachten der Gerichtssachverständigen Dr. Thiele und Dr. Halle, monach mindestens ein Grenzfall des § 51 vorliege. Bis dahin war die Angeklagte ruhig gewesen; als dann aber Rechtsanwältin Dr. Cohnmann das Wort zur Verteidigung des Cohn nahm, schien ihr das nicht in den Kram zu passen und sie begann wieder zu toben und zu schimpfen, so daß der Vorsitzende die Angeklagte während der Ausführungen des Verteidigers hinausbringen ließ. Nach längerer Beratung kam das Gericht zur Beurteilung der Angeklagten, indem es die Angeklagte nicht für geisteskrank im Sinne des § 51 hielt. Das Gericht hat aber eine farsichtige Handlung angenommen, indem die Angeklagte befreit war, sich mit allen möglichen Mitteln Geld zu verschaffen. Die Urkundenfälschungen waren nur ein Mittel zu ihren Betrügereien. Das Urteil lautete gegen die Angeklagte Anny Sanned-Bernide auf drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft. Cohn wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und es wurden ihm zwei Wochen durch die Untersuchungsbehörde verbüßt angerechnet. Die Angeklagte Bernide erklärte: „Ich nehme keine Minute der Strafe an“ und ließ sich dann ruhig abführen. Es scheint gegen sie noch ein weiteres Strafverfahren, da sie sich als Frau des Rechtsanwalts Heiner ausgegeben hatte und in ähnlicher Weise wie in der abgeurteilten Sache Betrügereien — nicht weniger als 25 Fälle — verübt haben soll.

## Das lebende Paket.

Wie man nichtsahnend zu einem Rinde kommen kann, zeigt ein Erlebnis, das eine Frau M. in Spandau hatte. Als sie um 4 Uhr nachmittags durch die Reuendorfer Straße spazieren ging, trat an der Ecke des Anstärkerings eine ärmlich und vornehm aussehende junge Frau an sie heran, und bat sie, ihr einen Augenblick ihr Paket zu halten, weil ihr schlecht gemorden sei. Ahnungslos nahm ihr die Frau M. das Bündel, das in ein grünes Umschlagetuch eingeschüllt war, ab, ohne erst lange nach dem Inhalt zu fragen. Zu ihrer Verwunderung aber war die junge Frau im nächsten Augenblick um die Ecke verschwunden und nicht wieder zu finden. Als sie jetzt das Umschlagetuch öffnete, fand die gefällige Frau darin einen kleinen Knaben, der in weiße Bindeln und ein weißes Hemdchen eingewickelt war und dabei einen Zettel mit folgenden Worten: „Sehr geehrte Dame, bin in Rot geraten, kann mein kleines Kind nicht ernähren, und ins Wasser werfen kann ich es doch auch nicht. Es ist weder standesamtlich noch sonstwie gemeldet. Geboren ist es am 28. Februar, 11 Uhr

mittags. Ich stelle keine Ansprüche. Ich verlasse mich auf Gottes Gnade. Ich kenne Sie nicht. Ich vertraue auf Ihr gutes Herz. Mit innigen Grüßen eine arme unglückliche Mutter.“ Der Kleine wurde dem Jugendamt Bezirk 8 in Spandau übergeben. Die Mutter ist noch nicht ermittelt.

## Der Rächer mit dem Taschenmesser.

Das Liebesabenteuer eines Albaners.

Die Eifersuchtstat eines Albaners, über die wir f. Z. berichteten, gelangte jetzt vor der 6. Hilfskammer des Landgerichts II zur gerichtlichen Aburteilung. Unter der schweren Anschuldigung des versuchten Mordes hatte sich der Student Mohammed Djemal zu verantworten.

Der Angeklagte verteidigte sich, obwohl er der deutschen Sprache nicht ganz mächtig ist, in sehr bildreicher, an die Erzählungen von 1001 Nacht erinnernder Sprache. Er lebte seit 1917 in Berlin und studierte Literaturgeschichte und Philosophie, hörte auch Vorlesungen der Medizin. Er wird beschuldigt, am 26. Oktober auf eine Frau M., eine Berlinerin, die aber die Witwe eines im Kriege gefallenen Hauptmanns ist, einen Ueberfall verübt zu haben, indem er ihr in der Nähe ihrer Wohnung aufsaute und ihr einen Messerstoich beibrachte. Als er über seine Beziehungen zu Frau M. gefragt wurde, erklärte er, daß er durch die Anklage und die Verhaftung das Gedächtnis über die Freundschaft mit dieser Frau verloren habe. Im Sommer 1921, so führte er aus, hielt ich mich zur Erholung am Nikolaasee auf. Da kam ein kleines Mädchen mit einem Händchen und sagte zu mir, ich solle das Händchen lieben. Durch diesen Vorfall wurde ich mit der Mutter des Mädchens bekannt. Als ich nachts in meinem Zimmer eingeschlossen lag, klopfte es an der Tür. Beim Öffnen stand eine Frau in Nachkleidung vor mir. Ich glaubte zuerst, es sei eine Nachbarsfrau. Sie fiel aber vor mir nieder und betete mich an, wie die Christen das Kreuz anbeten und sagte mir: „Seltdem ich dich gesehen habe, kann ich nicht essen und trinken, ich bin ganz verrückt.“ Gleich in der ersten Nacht haben wir eine ewige Freundschaft geschlossen. Es war ein Sprung in das Unendliche. Wochenlang haben wir zusammen gelebt. Zureichend Jahre hat dieser Freundschaftsbund bestanden. Ich glaubte, die Frau gehöre alle Zeit mir, wie wir das im Orient nicht anders kennen. Denn sie war ja aber und über in mich verliebt. Eines Nachts sind wir unter dem Sternenhimmel niedergeliegt und haben uns den Eid geleistet, uns nicht zu verlassen. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung verwahrte er sich entschieden, daß er „keine Frau“ wüten wollte, könne er doch nicht einmal ein Tierchen töten, das an der Wand summt wie eine Mandoline. Noch viel weniger könne er die Liebe seines Herzens töten. Der Angeklagte schloß weiter, wie Frau M. nach Oberbarnum gefahren war, wie er mit ihren Verwandten Streit hatte und wie er schließlich bemerkte, daß sie in Bad Wildungen eine neue Liebe hatte. Als sie zurückkehrte, habe sie ihn auf dem Potsdamer Bahnhof seines Bildes gewürdigt. Da sei er in größter Aufregung fortgefahren. Er vermutete, daß sie zu ihrer Mutter nach Friedebau fahren würde und sei auch dorthin gefahren. Kurz vor dem Hause stieß er auf sie. Da habe er ohne Besinnung mit seinem kleinen Taschenmesser nach ihr gestochen. Er selbst ist nach der Tat weggelaufen und hat sich am nächsten Tage der Polizei gestellt.

— Die Belastungszeugin Frau M. war nicht anwesend, sondern hatte ihr Ausbleiben mit nervöser Erkrankung entschuldigt. Es wurde daher ihre frühere Aussage verlesen. Sie bestreitet darin, daß sie jemals ernstlich ans Heiraten gedacht habe. Der Angeklagte sei ein brutaler und eifersüchtiger Mensch gewesen, der sie oft bedroht habe. Auch in Wildungen habe er gerufen: „Einer von uns beiden muß daran glauben!“ Nach der Befragung vom Zeugen ist der Angeklagte plötzlich angegriffen gekommen, habe unartikuliert Laute ausgestoßen und dann mit dem Messer gestochen. Eine Zeugin will die Worte verstanden haben: „Jetzt habe ich dich!“ — Der praktische Arzt Dr. Freick stellte fest, daß es sich um eine Wunde von 5 Zentimeter Länge und 3 Zentimeter Tiefe im Oberarm handelte. Gerichtsmedizinrat Dr. Thiele hat den Angeklagten auf Veranlassung des Gerichts auf seinen Geisteszustand untersucht. Das Motiv der Tat ist leicht erkennbar als sexuelle Leidenschaft. Der § 51 komme nicht in Frage. Staatsanwaltschaftsrat Schmidt ließ die Anklage wegen versuchten Mordes fallen und beantragte, den Angeklagten wegen Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalls zu einem Jahr Gefängnis zu verurteilen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen einfacher Körperverletzung zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft. Dem Angeklagten wurden mildernde Umstände zuerkannt, da er durch die Frau verführt und durch ihre plötzliche Abreise in krankhafte Erregung geraten sei.

(Nachdruck durch Kallit-Verlag, Berlin.)

## Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Ihre Mutter war noch gar nicht auf der Welt und von Ihnen selbst, mein Gott, keine Spur, damals, als mein Vater die Möbel für Ihre Großeltern gemacht hat. Ich war seinerzeit Lehrling, und Ihre Tante war so ein huschiges Springerchen von zehn Jahren.“

„Wie war denn meine Tante als Kind?“ fragte Jürgen, plötzlich wieder von Sympathie ergriffen.

„Da, sehen Sie ihn an: der Säggel war ihr Kelpferd. Auf demselben Säggel ist sie geritten jeden Tag. Und so manches Mal war sie einfach verschwunden. Nicht zu finden! Da haben wir sie gar oft aus den Hohlspannen rausgezogen. Hat sich hineinvergraben, ganz und gar zugebeckt und ist dann plötzlich wie ein kleiner Teufel rausgefahren. Wollte nie nach Hause. Hat getrampelt und gebeult... Wild war sie. Ein wildes Kind! Schwer zu erziehen.“

„Was Sie sagen!“

„Das Leben hat nachher das seine getan... Da kommt Ihr Wagen.“

Jürgen zeigte die Abonnementskarte dem Schaffner, der lächelnd abwinkte: „Gut schon! Wir kennen ja einander.“

„Nie hätte ich das gedacht. Ich hätte das überhaupt nicht für möglich gehalten.“

„Mir wenigstens brauchen Sie die Abonnementskarte nicht mehr zu zeigen. Jetzt fahren Sie seit zwei Jahren täglich hierher.“

„Wenn ein wildes, unbändiges, eigenwilliges Kind so werden kann, wie die Tante geworden ist, vom Leben so ruiniert werden konnte, da kann man von Verantwortung des einzelnen ja überhaupt nicht mehr reden. Die Verhältnisse sind schuld. Sicher auch bei Katharinas schöner Jugendfreundin mit dem leidenschaftlichen, milden Herzen, daß sie so lala eine Gesellschaftsdame und die Frau des Oberstaatsanwalts wurde... Oder doch nicht die Verhältnisse?... Wer könnte entscheiden, ob ein Mensch die Kraft gehabt hätte, weiter zu kämpfen und zu leiden, oder ob stärker als seine Kraft die Verhältnisse und die in ihm lebenden Begierden waren? Es gehört heutzutage schon sehr viel Kraft dazu, sich

selbst im Leben vorwärts zu bringen. Wieviel mehr erst, die Sache der Allgemeinheit auf sich zu nehmen und vorwärts zu bringen!... Man lege erst sich selbst durch und stelle dann sich und seinen Einfluß und seine Macht in den Dienst der Allgemeinheit.“

„Und was wird unterdessen, während du dich durchseht, so lala mit dir, mit dem Bankier Kolbenreiter, geschehen?“ fragte mit schon kaum mehr vernehmbarer Stimme das weit zurückgedrängte Bewußtsein. Und stieß plötzlich eine grauenvolle Drohung aus, die aber, von Jürgen nur dunkel vernommen und empfunden, nicht gleich vordrang bis an den Bezirk des neuen Bewußtseins, das in diesen Jahren immer häufiger Sieger geblieben war.

Noch einmal entwand sich die Drohung der tiefsten Tiefe seines Wesens, stieg empor als Hinweis auf eine unentrinnbare Todesgefahr, und Jürgen wurde sekundenlang innerlich gelähmt, so ganz und gar wie in der vergangenen Nacht, da eine fremde Macht im Alptraum ihn gelähmt und unwiderstehlich gezwungen hatte, den Sarg zuzunageln, in dem, noch lebend, er selber gelegen war.

„Wie lange fahren Sie schon auf dieser Strecke?“

„Und während der Schaffner sinnend: „Jehn, nein, schon elf Jahre!“ sagte, wiederholte in verzweifeltem Ansturm das zurückgedrängte Bewußtsein zum dritten Male seine grauenvolle Drohung. Jürgen fröstelte im Rückenmark, wie damals in der Hafenstadt.“

„Bistgeleht ist sehr praktisch, hält lange, was?“

„Ja, das gibt aus.“ Auch der Schaffner prüfte mit seiner starken Hand anerkennend das Bistgeleht der Sichelne und schritt dabei hinaus auf die hintere Plattform, legte den Zeigefinger auf die Mütze, und das junge Bureau mädchen hob ihre Abonnementskarte wieder in das Handtäschchen, sah ernstes Blickes ihr Leben an. Die Allee bäume flogen nach rückwärts.

Das sind nur die Nerven, dachte Jürgen, mit Bezug auf die Drohung... Drei Jahre! Nicht endlich auf ein paar Wochen ausspannen. Mich erschrecken. Eine Reise! Das habe ich mir verdient... Diese warmen wunderbaren Herbsttage! Das wird schön sein.

Als die Allee endete, die Straße enger, der Wagenverkehr und der Lärm stärker, die Luft schlechter geworden war, setzte das Bureau mädchen sich in den Wagen, dankte mit ernstem Blick für den Gruß ihres Chefs und begann in einem Buche

zu lesen. Sie war die Tochter eines in der Papierfabrik des Herrn Hommes beschäftigten Hilfsarbeiters und seit ihrem sechzehnten Jahre in der Buchhaltung des Bankhauses Wagner und Kolbenreiter angestellt.

Am Vormittag hatte er persönlich die Jahresabrechnung über das Vermögen der Tante in der Buchhaltung geholt und dabei das Mädchen zum erstenmal gesehen. „Jetzt sieht sie genau so in sich verschlossen da und steht, wie die fünfzehnjährige Katharina im öffentlichen Park geoffen hatte. Derselbe stillbewusste, ernste Blick, wie Katharina ihn heute noch hat. Nur jünger ist sie. Selbstverständlich viel jünger! Außerlich überhaupt ganz anders. Die Gestalt ist etwas voller. Aber dieser Blick!... Neue Jugend wächst heran und nimmt den Kampf auf.“ hatte er plötzlich gedacht.

„Hübsch ist sie. Sehr hübsch!... Nur eine Bekrager... Allerdings ein ernstes Gesicht!... Gerade deshalb ungewöhnlich anziehend... Ihrem Chef würde sie nicht widerstehen können.“ Er entließ sie.

Eine zwei Zentner schwere, weißhaarige Frau mit gewaltigem Busen stieg ein, setzte sich Jürgen gegenüber.

„Der Hilfsarbeiter hat nichts als diese Tochter, die ihrem Chef gegenüber wehrlos ist.“

„Dafür — für die Verhältnisse — bin nicht ich verantwortlich... Das Leben brennt, ist wild und schön und da, gelebt zu werden.“ Und er überlegte, wo und wie er seine hübsche junge Angestellte verführen könne. „Weshalb lachen Sie?“ fragte er freundlich die dicke Frau.

„Das ist jetzt einunddreißig Jahre her,“ sagte die Alte und streckte lächelnd beide Hände vor. „Herr Kolbenreiter, ich war die erste, die Sie in den Händen gehabt hat. So groß war'n Sie.“

Alle Fahrgäste lächelten über die alte Hebamme. Das Mädchen wandte ein Blatt um, sah auf und Jürgen an, lächelte auch.

„Was tat ich denn? Wie war ich?“ „Es geht doch nicht. Das könnte einen öffentlichen Skandal geben. Und auch die Autorität ginge flöten.“

„Gebrüllt haben Sie. Gebrüllt, sag ich Ihnen, nicht anders, als ob Sie am Kreuz hingen. Sie wollten nicht. O, Sie wollten absolut nicht.“

Auch der Schaffner grinste. „Endstation!... Genosin, heut' abend ist Bezirksversammlung. Erinner' dich deinen Vater,“ sagte er zu dem Bureau mädchen. (Fortsetzung folgt.)



# Wirtschaft

## Anfurbelungskredite.

In der Inflationszeit ergaben sich recht eigenartige Krankheitsbilder unserer Wirtschaft. Sie meldeten, so unterschiedlich sie waren, dennoch übereinstimmend die Aufforderung, ja Herabsetzung der Substanz, zugleich damit aber auch die Störung ihres Blutkreislaufes. Diese wurde in ihren Auswirkungen, z. B. im heutigen Kreditmangel, bisher nur ungenügend beachtet. Hier sei im besonderen auf zwei Ursachen dieser Not hingewiesen, die gleichermaßen in der früheren Bestmohrtzeit unmaßig waren. Früher bildeten sich die entscheidenden Mengen des Unternehmensprofits in produktives, in arbeitendes Kapital um, sie dienten der Anreicherung der Wirtschaftskräfte. In der Papiermarkt-Epoche wandelten sich die Gewinne entweder in sogenannte Fest- oder Sachwerte — oder sie gingen in früher nie gekanntem Umfang in den Verbrauch über.

Ein Beispiel für jene Verwilderung unserer Wirtschaft ist die nachkriegsübliche Methode der Kapitalserhöhung n. Früher bedeutete im Normalfall die Kapitalserhöhung einer Aktiengesellschaft eine Vergrößerung des in ihr arbeitenden Kapitals. Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches verknüpften daraus sogar die Verstärkung der Reserven. Die Differenz zwischen Nennwert der jungen Aktien und deren Ausgabekurs lag in den Rücklagenfonds. Während der Inflationszeit wurde — wir leben von den einzelnen Entwicklungstadien dieser Kapitalerhöhungen ab — die Spanne zwischen Ausgabekurs und Börsenkurs zugunsten des Aktienbesitzers ständig vergrößert. Der tatsächliche Kapitalzuwachs aus Kapitalerhöhungen war so für die deutsche Wirtschaft, im besonderen 1923, zuletzt gleich Null. Am Oktober 1923 betrug der Kapitalbedarf der deutschen Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. zwar 210 843 390 000 Mark. Das waren aber, umgerechnet, nur rund 30 000 Goldmark! Sie flossen rund 15 000 Aktiengesellschaften und 73 000 Gesellschaften m. b. H. zu. Im Durchschnitt also rund 35 Goldpfennige. Im Monatsdurchschnitt 1913 waren es dagegen über 100 Goldmark, also pro Unternehmen 3500 Goldmark!

Die Kapitalerhöhungen des Oktober 1923 erbrachten unter Einrechnung der Bevorseite etwa 3 Millionen Goldmark, bis auf einen Rest von 30 000 Mark. Dieses Gold nicht den Unternehmen als zusätzliches Kapital in den Betrieb, sondern den Aktionären in die Tasche und damit im wesentlichen in den Verbrauch.

Aber auch die Unternehmensgewinne selbst gingen in früher nie gekanntem Ausmaß in den Verbrauch, im besonderen in den Luxusbedarf, über. Feinere Lebensverhältnisse, vom Automobil bis zu Autosesseln, mündeten zunehmend allgemein im Konsumkonto der Unternehmen. Die Unternehmer spekulierten auf dem Rücken ihrer Betriebe!

Daneben wandelten sich die Gewinne, im besonderen die aus dem Exportgeschäft, soweit sie nicht direkt die Gestalt von Devisen — später Auslandsbeteiligungen und „Auslandsbeteiligungen im Inlande“ — annahmen zuletzt blindlings in wilder Jagd zu Fest- und Sachwerten. Dabei wurde weniger auf verstärkte Materialparade als mehr auf Verordnungen, Anordnungen, Auflagen, oder auch auf Bauten und Neuausstattungen gesehen. Das gab natürlich auch Arbeit, oder keine unbedingt produktiv weiter wirkende Arbeit. Viele sogenannte „Sachwertanlagen“ sind so nichts anderes als Kapitalbegräbnisse geworden.

Damit stießen wir auf eine bisher zu wenig beachtete Ursache unserer Kreditnot. Viele Unternehmen, die sich in der Inflationszeit zu Konzernen, ja ganzen Trusts ausdehnten, erlitten heute verheerend in der Verteilung ihrer Interessen, die nur halb vermertbar sind, deren geringe Produktion aber die Unkosten auch der stillstehenden Teile ihrer Betriebe mit tragen muß. Jeder Dampfessel, dessen Heizfähigkeit nur zur Hälfte ausgenutzt werden kann, jede Fabrik, deren neu angebaute Flügel voll ruhender Maschinen steht, jedes Direktionsbüro mit seinen üblich gewordenen, oder nur halb beschäftigten Direktionsassistenten — sie alle stellen hohe Unkosten dar, die durch die derzeitige geringe Produktion voll mit eingebracht werden müssen!

In der Landwirtschaft ist es ebenso. Im Jubel über die rasch verdiente Papiermark wurden nicht nur die Hypothekenschulden ignoriert, der Hof wurde vergrößert, neue Scheunen gebaut, größere, vollkommene Maschinen gekauft. Sehr häufig stand diese Entwidlung im Widerspruch zur Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebes. Heute muß so mit dem modernen Pflug, der zwei Zugtiere verlangt, dort gearbeitet werden, wo früher eine tierische Kraft ausreichte. Der Weg vom Futterboden zum Viehstall, zur Schnitzelgrube, die Pflege der großartigen neuen Maschinen — das ist alles moderner, aber häufig auch umständlicher, mehr Zeit und Menschen bedienend als früher. Es darf nicht vergessen werden, daß in der Landwirtschaft, trotz aller technischen Neuerungen, immer die Handarbeit entscheidender Kostenfaktor bleibt. So ist auch in der Landwirtschaft die bisherige „Modernisierung“, die Klugheit in die Sachwerte, in Wahrheit häufig Sturz in eine Fallgrube geworden, aus der die dort sich ansammelnden „investierten“ Verdienste der Inflationszeit kaum heil herauszuholen sind. Sie gehen aber an der Betriebskraft, treiben die Unkosten hoch und lassen auf den Preisen.

Die Entwicklung der Auslandsbeteiligungen streifen wir schon. Sie ist in ihren Bahnen bestimmt worden durch die Umstellung unserer gesamten Wirtschaft auf den Dumpingexport. Wie lag es aber mit unserem Export in der Friedenszeit? Abgesehen von den spezifischen Exportbranchen wurde in der deutschen Industrie für den Inlandswort gearbeitet. Erst wenn ein Betrieb im Inland für seine Waren nicht mehr vollen Absatz fand, dachte er an den Export. Die Unkosten des auf diese Art in voller Beschäftigung gehaltenen, also rational arbeitenden Betriebes lagen weiter im Preis der Inlandsmare, der Exportanteil der Produktion konnte dann auf dem Weltmarkt auch unter Selbstkosten abgesetzt werden. Der Gewinn lag in der Vollbeschäftigung, in der kontinuierlich bleibenden Produktion, in der unveränderten Kalkulationsbasis des Gesamtbetriebes.

Nach dem Kriege wurde der Dumpingexport das eigentliche Lebenselixier unserer Unternehmer, zumal ja zuletzt der Lohnanteil im Preise des Produktes auch keine Rolle mehr spielte. Von diesem gut gepflegten Wege in die Höhe der deutschen Wirtschaft haben viele, im besonderen die neuen Unternehmer der Nachkriegszeit, noch nicht wieder zurückgefunden! Sie muten ihrem halb beschäftigten Betrieb heute zu, den notwendig gewordenen Preisabbau gegenüber der Weltmarktkonkurrenz mitzutragen. Damit ver-

teuert sich wieder die Inlandproduktion; der geduldige Konsument wundert sich über die hohen Warenpreise.

Wir brauchen den Unternehmerabbau! Nicht nur ins Kapital der deutschen Wirtschaft ist durch die Inflation Wasser gepumpt worden, auch die Industriekapitäne sind häufig nur kriegerig und Nachkriegserrsch, dem es leider sehr schwer fällt, sich wieder an ehrliche Arbeit zu gewöhnen.

Weiter müssen die immobilisierten Verdienste der Papiermarkt-epoch wieder in Bewegung gesetzt werden. Die Betriebsorganisation muß zu ihrem alten Rechte kommen, die Direktoren vom neuen Typ, die nie über den Bierstundentag hinausgekommen sind, müssen verschwinden oder mögen wenigstens wieder mit der Straßenbahn fahren. Kalkulation und Qualität muß gepflegt werden. Werden die Arbeiter ordentlich bezahlt, dann können sie auch anständige Arbeit liefern!

Wir wissen natürlich, daß mit der Befestigung von und uns geschuldeten Forderungen der Wirtschaftsführung die Kreditnot auch nicht völlig behoben sein wird, aber es werden auf jene Anfurbelungskredite frei. Gelder können die während der Inflationszeit verschleuderten Verdienste und Kapitalerhöhungen — Zugangsprämie der Aktionäre usw. — kaum in nennenswertem Umfang zurückgeholt werden. (Die Besteuerung dieser Gewinne ist nur sehr mangelhaft gelungen.) Aber dennoch lassen sich genug Sünden wieder gutmachen; es gehört nur etwas Mut und Rücksichtslosigkeit dazu, nicht mehr als gegenüber den Arbeitnehmern heute gang und gäbe ist.

Kurt Heinig.

## Für ein Kalkulationsmonopol.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat an den Reichswirtschaftsminister eine Eingabe gerichtet, in der er an Hand von statistischen Angaben und von Zeugnissen der bürgerlichen Presse die katastrophale und verwerrende Lage schildert, in die die Kalkulation geraten ist. Die Preispolitik des Kalkulationsmonopols ist falsch gewesen und bis auf den heutigen Tag falsch. Die künstliche Hochhaltung der Kalkulation hat das Gründungsstadium bis zur Stillehrung getrieben; die weitere Hochhaltung der Preise muß den vollständigen Zusammenbruch der deutschen Kalkulationsindustrie zur Folge haben. Die Eingabe verweist auf die wachsende Konkurrenz des Auslandes, das bereits jetzt in der Lage ist, seinen Absatz zu vermehren.

Die Kalkulationsindustriellen haben die heillos verworrene Lage, von der Generaldirektor Forthmann vom Kalkulationsrat in einem Zeitungsartikel gesprochen hat, selbst geschaffen. Von ihnen ist nach dem Einbruch einflußreicher Syndikatsmitglieder nicht zu erwarten, daß sie einen Ausweg finden. Der Bergarbeiterverband verlangt deshalb vom Reichswirtschaftsminister, der die Oberaufsicht über die Kalkulationsindustrie führt, die Berechtigung der Kalkulationsindustrie, mindestens aber die beschleunigte Einführung eines Reichskalkulationsmonopols, um die Kalkulationsindustrie von einer nahe bevorstehenden Katastrophe zu schützen. Die Forderung ist nach der Kalkulationsindustrie, die durch die kapitalistische Spekulation mit einem der kostbarsten Rohstoffe der deutschen Volkswirtschaft, und insbesondere der deutschen Landwirtschaft eingerissen ist, nur allzu berechtigt.

## Krach im Kalkulationsrat.

Im Kalkulationsrat ist der Konflikt, der sich seit längerem vorbereitet, nun endlich ausgebrochen. Der bisherige Generaldirektor des deutschen Kalkulationsrats, Wilhelm Forthmann, ist aus dem Vorstand des Deutschen Kalkulationsrats ausgeschieden. Neu eingetreten in den Vorstand sind auf Grund eines Beschlusses des Aufsichtsrats die Herren Kurt Jung, früher langjähriger Direktor des Rheinischen Braunkohlen- und Braunkohlenwerks, später Dirigent im Reichswirtschaftsministerium, und der Großhändler August Diehm, jurist in Amsterdam.

Der Austritt des Generaldirektors Forthmann aus dem Kalkulationsrat geht auf persönliche Differenzen zurück. Die Meinungsverschiedenheiten in der Preisfrage, über die wir feinerzeit berichteten — Forthmann war Anhänger einer mäßigen Preispolitik im Kalkulationsrat — haben jedenfalls keine entscheidende Rolle gespielt.

Herr Forthmann tritt jetzt — ebenfalls als Generaldirektor — in die Dienste des Reichsverbandes über, wo er die Leitung der Ein- und Verkaufsgesellschaft übernimmt.

## Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark für Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	16,00—17,25	Röstzetreide, lose ..	16,00—17,00
Gerstengraupen, lose ..	16,00—17,00	Kakao fettarm ..	100,00—125,00
Malzgerste, lose ..	15,25—16,00	Kakao, leicht entölt ..	13,00—153,00
Malzgerste, lose ..	15,75—16,25	Tea, Souchon, gepackt ..	350,00—470,00
Roggenmehl 0/1 ..	13,75—14,00	Tea, indischer, gepackt ..	425,00—475,00
Weizenmehl ..	17,00—18,50	Inlandszucker basis met ..	40,00—42,00
Malzgerste ..	17,00—18,50	Inlandszucker Raffinade ..	42,50—44,50
Malzgerste ..	17,00—18,50	Zucker Würfel ..	46,50—48,00
Weizen-Auszugmehl ..	17,00—18,50	Kunsthonig ..	48,00—49,00
Weizen-Auszugmehl ..	17,00—18,50	Zac erstrap hell in Elm ..	49,00
Speiseerbsen, Victoria ..	19,00—22,75	Speiseerstrap dunk in Elm ..	33,50—35,00
Sojabohnen, kleine ..	14,00—17,00	Marmelade Extr. Erub ..	108,50—120,00
Bohnen, weiße, Perl ..	28,25—24,00	Warmeide Vierfrucht ..	40,00—55,00
Langbohnen, hannoversche ..	3,50—3,50	Pflaumenmus in Eisern ..	46,00—50,00
Linsen, kleine ..	26,00—35,00	Steinsalz, lose ..	3,40—4,00
Linsen, mittel ..	26,50—42,00	Steinsalz, lose ..	4,20—4,80
Linsen, große ..	43,00—49,50	Bratenschmalz in Tierces ..	68,00
Kartoffelmehl ..	16,00—18,00	Bratenschmalz in Kübeln ..	70,00
Makkaroni ..	49,00—49,00	Purelard in Tierces ..	67,00
Makkaronimehl ..	37,00—38,50	Purelard in Kisten ..	68,00—69,00
Schnittmehl, lose ..	21,00—25,00	Speiseöl in Packung ..	46,00—50,00
Bruchreis ..	15,25—17,50	Speiseöl in Kübeln ..	46,00—50,00
Randi Reis ..	17,00—19,50	Margarine, Handelsm. I ..	56,00
Talereis, plattiert, Patna ..	27,00—31,00	diesel II ..	48,00—52,00
Talereis, Java ..	31,00—36,00	Margarine, Spezialm. I ..	70,00
Ris, Japan, amerik. ..	118,00—120,00	diesel II ..	60,00—65,00
Geir. Pflaumen 90/100 ..	43,00—48,00	Molkeerbuter I, Pflaumen ..	205,00
Pflaumen, einsteint ..	52,00—55,00	Molkeerbuter in Pack ..	210,00
Rosinen in Kisten, Candia ..	75,00—86,00	Landbuter in Packern ..	175,00
Sultaniinen Arab. rnu ..	85,00—95,00	Landbuter in Packungen ..	190,00
Korinthen, charab ..	80,00—85,00	Auslandbuter ..	205,00—210,00
Mandeln, süße Bari ..	145,00—160,00	Corned beef 12 1/2 Pa p. K ..	35,00—36,00
Mandeln, bittere Bari ..	135,00—139,00	Speck, gesalzen, fett ..	62,00—66,00
Zimt (Cassia) ..	110,00—120,00	Quadrackbse ..	45,00—50,00
Gummel, holländischer ..	157,00—165,00	Quarkbse ..	35,00—50,00
Schwarzer Pfeffer, smpag ..	13,00—141,00	Illaliter Käse, vollfett ..	115,00—125,00
Weißer Pfeffer ..	180,00—210,00	Tuiler Käse, halbfett ..	50,00—55,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	240,00—300,00	Aust. ungeruck. Condensa ..	23,00—25,00
Rohkaffee Brasil ..	240,00—280,00	milch 4/16 ..	23,00—25,00
Pöskaffee Zentralamerika ..	315,00—400,00	in-ländische degl. 4/17 ..	18,00—19,00
Malakaffee, gepackt ..	23,00—25,00	mil. ger. Condensa 4/14 ..	28,50—29,50

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

## Sozialistische Balkankonferenz.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hatte in Luzemburg am 17. Februar beschlossen, eine internationale Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanländer einzuberufen und als ihre Vertreter die Genossen Friedrich Adler und A. Zerkow zu entsenden. Die Konferenz tagte in Sofien am 11., 12. und 13. März. Als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Bulgariens waren die Abgg. Janco Salafoff, Assen Jantoff und Dimitr Reitoff, als Vertreter der sozialistischen Partei Serbiens die Genossen A. Jivras, A. Moscovici und Abg. Dr. Piskiner erschienen. Außerdem nahmen als Zuhörer eine Anzahl Mitglieder der Parteivorstände der rumänischen und bulgarischen Partei teil. Nach überaus eingehender Untersuchung der Entwicklung der Politik der bulgarischen sozialdemokratischen Partei wurde eine

## Erklärung der bulgarischen Delegation

abgegeben, die u. a. sagt: Bulgarien ist ein vorwiegend agrarisches Land. Es entspricht daher den demokratischen Grundföhen, daß die Bauern einen entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Politik üben. Unter der Regierung Stamboullistis war aber weit darüber hinaus, unter dem Vorwand, eine Herrschaft des Bauerntums zu errichten, die Willkürherrschaft des kleineren Teiles des Bauerntums zur Wirklichkeit geworden, und es war daher selbstverständlich, daß alle demokratischen nicht nur die städtischen Elemente, ohne Unterschied der Partei (Sozialdemokraten, Kommunisten, Bürgerliche), zu immer schärfer werdender Opposition gedrängt waren. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land wurde auf das untragbarste gesteigert, indem die Partei Stamboullistis verfuhr, auch die städtische Verwaltung ihrer diktatorischen Herrschaft zu unterwerfen. Schließlich hat die Regierung Stamboullistis, die immer größere Volksmassen zu Gegnern bekam, an Stelle des Proportionalwahlrechts ein Wahlsystem eingeführt, das das Wahlgeld und den Regierungseinfluß entscheidend werden läßt. Durch die Einführung der Wahlpflicht wurden die indifferenten Elemente zwar zu politischer Tätigkeit herangezogen, aber zunächst die Indifferenz zu politischer Tätigkeit gebracht. Vergewaltigung der städtischen Bevölkerung und Verlassen der Demokratie durch Stamboullistis, das waren die Wurzeln, die den

## Staatsstreich Jantoffs

in großen Massen der Bevölkerung als Befreiung aus drückender Ohnmacht erscheinen ließen.

Die sozialdemokratische Partei hat sich als solche am Staatsstreich nicht beteiligt, ja, eine Reihe maßgebender Mitglieder des Parteivorstandes waren in vollständiger Unkenntnis über die Pläne der Verschwörer. Einzelne Mitglieder der Partei waren allerdings als Personen in den Plan eingeweiht worden. Die Parteiloyalität war aber, nachdem der Umsturz vollzogen war, nicht in der Lage, sie wegen dieser Handlungen, die sie unter Gefahr ihres eigenen Lebens unternommen hatten, zur Verantwortung zu ziehen, sondern im Gegenteil sah sich die Partei gezwungen, in diesem Moment die Mitverantwortung in der neuen Regierung zu übernehmen, um den Bürgerkrieg zu begrenzen und der Gefahr von Besetzungen durch auswärtige Mächte zu begegnen. Durch die Teilnahme der Sozialdemokraten wurden die reaktionären Nationalisten aus der Regierung ausgeschaltet. Die Regierung Jantoff war bei ihrem keine sozialdemokratische Regierung — von zehn Mitgliedern nur ein Sozialdemokrat —, aber diese Regierung war in diesem Moment die einzige, von der wir hoffen konnten, daß sie den Weg zur Verwirklichung der Demokratie finden werde. Damit wollen wir nicht sagen, daß wir alles, was diese Regierung getan hat, verteidigen können. Sehr vieles ist gegen unseren Wunsch, gegen unseren Rat und gegen unsere Stimme geschehen. Vor allem müssen wir es ablehnen, für die

## Grenzfälle, die der Bürgerkrieg, wie jeder Bürgerkrieg, zur Folge hatte.

irgendeine Verantwortung zu übernehmen. Die Pflicht zur Wahrheit zwingt uns aber, auch zu erklären, daß was auch immer an beklagenswerten Grenzfällen geschehen ist, soweit wir bisher feststellen konnten, die Verantwortung der Regierung hierfür nur eine indirekte ist, daß es sich um Ereignisse gehandelt hat, die sicher nicht im Auftrag der Regierung und die ohne Wissen der Regierung erfolgt sind. Wir haben vom ersten Moment der Unterdrückung des Septemberputsches auf die Regierung eingewirkt, damit Verhaftungen aufgehoben und Opfer vermieden werden. Wo dennoch Befragtenmord geschehen ist, haben wir die strengste Untersuchung verlangt. Die Artikel in unserer Presse werden von unseren kommunistischen und agrarischen Gegnern als Zeugnis angeführt; wir verweisen auf unseren Antrag im Parlament, eine Enquete einzuleiten. Aber höher als unsere Proteste und als unser Verlangen nach Untersuchung stellen wir die Erfolge unserer fortgesetzten Fürsprachen, durch die es uns gelungen ist, viele Menschenleben zu retten und die Zahl der Opfer einzuschränken.

Uns war von Anfang an klar, daß unsere Beteiligung an der Regierung nur solange notwendig sei, als es galt, die Gefahren, die aus der Anarchie drohten, zu überwinden. Wir haben die erste Gelegenheit, die uns die Konsolidierung der Verhältnisse ermöglichte, benutzt um die Regierung zu verlassen.

## Kampf für die Sicherung der Demokratie

in Bulgarien in einer den Bruderparteien des Auslandes sichtbaren Form, in der Form energischer Opposition zu führen. Wir fordern vor allem:

1. Wiederherstellung eines vollkommen demokratischen Proporzwahlrechts und möglichst rasche Durchführung von Neuwahlen auf Grund dieses neuen Wahlrechts.
2. Sofortige Durchführung der Gemeinderatswahlen.
3. Vollständige Amnestie aller am Bürgerkrieg Beteiligten und sofortige Ermächtigung der Rückkehr aller Emigranten.
4. Vollständige Presse- und Versammlungsfreiheit für alle politischen Parteien und Garantie ihrer politischen Betätigung auf dem Boden der Demokratie; Revision des Gesetzes zum Schutz des Staates in diesem Sinne.

Die sozialdemokratische Partei Bulgariens ist gewillt, im Sinne der vorstehenden Erklärung zu arbeiten und alle ihre Kräfte dafür einzusetzen. Sie hofft, daß die Bruderparteien der Internationale zu der bulgarischen sozialdemokratischen Partei das Vertrauen haben werden, daß sie ihre Arbeit im Dienste der Herstellung der Demokratie in Bulgarien und der Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse in ihrem nationalen Lande zu leisten vermag.

Janco Salafoff Assen Jantoff, Dimitr Reitoff.

Die Konferenz in Sofien wurde auch benützt, um auch die nationalen Probleme der Balkanländer zu klären. Nach außerordentlich eingehenden Beratungen der



# SEIFENFLOCKEN

machen jedes Reiben der Wäsche überflüssig, sie durchdringen das Gewebe und entfernen allen Schmutz

## Sunlicht Gesellschaft A.G. Mannheim-Rheinau

Genossen Jankoff (Bulgarien), Topalovic (Jugoslawien), Piffner (Rumänien) und einer Diskussion, an der sich alle Delegierten beteiligten, konnten die Vertreter der Internationale als gemeinsame Auffassung der an der Konferenz vertretenen Genossen folgende Gesichtspunkte hervorheben:

Die bedrohliche Entwicklung der Verhältnisse auf dem Balkan zeigt wieder von neuem, daß es den imperialistischen Siegern im Weltkrieg nicht gelungen ist, durch ihre sogenannten Friedensverträge zu einer wirklichen Regelung der schweren nationalen Probleme Europas zu gelangen.

Der nun abgeschlossene Vertrag zwischen Italien und Südslawien hat die Probleme des Adriatischen Meeres zu einem gewissen Abschluß gebracht, aber er hat gleichzeitig die Gegensätze bezüglich des Adriatischen Meeres verschärft und unmittelbar gefährdend gefaltet. Südslawien hat in der Adria Konzessionen gemacht; keine Imperialisten werden nun alle Gelegenheiten ausnützen, um sich durch das Vorbringen auf dem Weg gegen Saloniki schablos zu halten. Dabei dienen ihnen die Gerüchte über Einmäße mazedonischer Komitassen aus Bulgarien in Südslawien als willkommenes Vorwand, um die Erregung zu steigern. Mit Genugtuung können die Delegierten der Exekutive feststellen, daß die anwesenden Vertreter der Parteien Bulgariens, Südslawiens und Rumäniens vollständig einig sind in dem Willen, der Kriegsefahr mit allen ihren Kräften zu begegnen, und auch durch ihre Aussprüche sich eine weitgehende Übereinstimmung über die ihnen allen gemeinsamen Richtlinien für die Erfüllung dieser Aufgabe ergeben hat.

Eine der gemeinsamen Sorgen aller an der Konferenz beteiligten Parteien ist

**das mazedonische Problem.**

Vor allem werden die südslawischen Sozialisten die Amnestie aller mazedonischen Flüchtlinge und die Ermöglichung ihrer Rückkehr in ihre früheren Wohnsitze verlangen, aber auch mit Rücksicht auf die materielle Notlage dieser Flüchtlinge den Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Existenz durch staatliche Unterstützung fordern. Die rumänischen und südslawischen Parteien betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, daß sie für die volle politische Gleichberechtigung und für die Sicherung der nationalen kulturellen Entwicklung der nationalen Minderheiten im Sinne der Beschlüsse des Hamburger Internationalen Sozialistischen Kongresses eintreten.

Die Gefahren, die aus den Verwicklungen am Balkan drohen, werden von den imperialistischen Mächten außerhalb des Balkans für ihre Interessen ausgenutzt und durch sie vermehrt. Die sozialistischen Parteien außerhalb des Balkans müssen daher zu verhalten trachten, daß die Politik jener Staaten nicht die Kriegsgefahr am Balkan vergrößere.

**Aus der Partei.**

**Sächsische Reichstagskandidaturen.**

Chemnitz, 17. März (Eigener Drahtbericht.) Der außerordentliche Parteitag des Bezirks Chemnitz-Erzgebirge erledigte am Sonntag die Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag. Nach einem Referat des Genossen Ditzman über die Reichspolitik und einer Diskussionsrede des Genossen Breitscheid in Form eines Korreferats, denen eine nur kurze Diskussion folgte, wurde die Wahl vorgenommen. Für die Spitzenkandidatur kamen drei Genossen: Ströbel, Ruhn und Städlen in Frage. Die Wahlhandlung ergab eine absolute Mehrheit für den Genossen Ströbel mit 204 Stimmen während Genosse Städlen 133 und Genosse Ruhn 40 Stimmen erhielt. Bei der Stichwahl für den zweiten und dritten Platz der Chemnitzer Liste ergaben sich für Ruhn 198, für Städlen 166 Stimmen. Eine weitere Stichwahl für den vierten Platz, der für eine Genossin bestimmt ist, findet zwischen der Genossin Sender und der Genossin Schilling statt. Dabei erhielt Genossin Sender 245, Genossin Schilling 129 Stimmen. Weiterhin wurden gewählt die Genossen Raikenbüh und Wische. Der Parteitag beschloß außerdem, daß an die vierte Stelle der Liste für den Fall eines Auscheidens der auch in einem anderen Bezirk aufgestellten Genossin Sender der nächste Frauenvorschlag tritt. Es gelten also als Kandidaten für den Chemnitzer Bezirk die Genossen Ströbel, Ruhn, Städlen, Sender, Raikenbüh und Wische. Mit großer Mehrheit wurden dann noch folgende Entschlüsse gefasst, die erste vom Bezirksvorstand beantragt, angenommen:

„Der außerordentliche Parteitag des Bezirks Chemnitz-Erzgebirge gelobt, alle Kräfte für den kommenden Wahlkampf frei zu machen und ruft alle Genossen des Bezirks zur Mitarbeit auf. Von dieser unbedingten Notwendigkeit erfüllt und die Größe der Gefahr für das Proletariat erkennend, fordert der Parteitag auf Grund der harten Erfahrungen der letzten Jahre von der neuen Reichstagsfraktion eine scharfe Abkehr von der bisherigen Politik dauernder Konzessionen, die letzten Endes zu den Ermäßigungsgeetzen und zur Diktatur einer ausgesprochenen Bourgeoisregierung über das Proletariat führen mußten. Der Parteitag sieht nicht in der Staatsform an sich sondern nur im sozialen Inhalt des Staates ein der Partei würdiges Kampfojekt. Er ist überzeugt, daß jeder Schritt zur Wiedergewinnung revolutionärer und republikanischer Errungenschaften nur im schärfsten Kampf gegen die herrschende Kapitalistenklasse zu erreichen ist. Wird die Partei im Sinne eines rücksichtslos geführten Klassenkampfes eingestellt, dann werden die müde gewordenen Massen erneut um die Fahne des Sozialismus gesammelt werden können. Für dieses Ziel wird der Parteitag Chemnitz-Erzgebirge mit aller Kraft und Hingabe eintreten.“ Die zweite Resolution lautet: „Der am 16. März im Volkshaus Chemnitz tagende

Bezirksparteitag für Chemnitz-Erzgebirge befaßt der Redaktion der „Volksstimme“ für ihre entschiedene Haltung sein Vertrauen aus und fordert strikte Innehaltung des bisherigen Kurses.“

**Gegen eine Kandidatur Noske.**

Hannover, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksstag Hannover-Nordwest hatte beim Parteivorstand in Berlin gegen die Kandidatur Noskes Einspruch erhoben. Der Parteivorstand hat jetzt auf Grund des § 16 Abs. 2 des Organisationsstatuts entschieden, daß für die kommende Legislaturperiode des Reichstags von einer Kandidatur Noskes abzulehnen sei. Wie in einer schriftlichen Begründung dem Einspruch erhebenden Bezirk mitgeteilt wird, hat der Parteivorstand bei seiner Entscheidung sich im wesentlichen die Gründe zu eigen gemacht, die auf dem Bezirksparteitag am 2. März in Hannover und auf der letzteren Konferenz am 9. März gegen die Kandidatur Noskes vorgetragen wurden.

**Nährstoffs-Makronen** (Rezept Nr. 7)

Dieses feine Backwerk, das sich ebenso vorzüglich als süßer Nachtisch wie als Gebäck zu Kaffee, Tee oder Schokolade eignet, wird folgendermaßen bereitet. Man schlägt 3 Eiweiß Reif, mengt 300 g Zucker — am besten Vanillezucker —, 1/4 abgeriebene Zitrone und etwa ein halbes Paket Nährstoffs leicht durcheinander. Von dieser Masse legt man mit einem Löffel kleine Häufchen auf ein mit Butter bestrichenes und mit Mehl bedudertes Kuchenblech. Dann bäckt man die Makronen etwa 20 Minuten bei mäßiger Hitze.

Beachten Sie immer, daß jede einzelne der leichten, lockeren, goldbraunen Flocken einen hohen Nähr- und Genusswert hat, bez. sich in jedem mit Nährstoffs bereiteten Gericht zu einer nahrhaften, lösgemäßen Mahlzeit vermischt, die vorzüglich

**Ihre Haut hungert**  
und friert! Unabsehbar sind die Folgen für Gesicht und Hände! KOMBELLA-CREME ernährt, heilt und schützt die Haut und erhält sie dauernd gesund, zart und jugendschön. Es gibt nichts Wirksameres als **KOMBELLA**  
KOMBELLA-CREME KOMBELLA SEIFE

**Problem**  
Cigaretten garantieren  
erste Qualität

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Scharfgräber  
Opernhaus  
am Königsplatz  
7 1/2 Uhr: Madame Butterfly  
Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Viel Lärm um nichts  
Schiller-Theater  
7 1/2 Uhr: Peer Gynt

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Danton's Tod

**Kammerspiele**  
8 Uhr: Palms oder: Der Gekrönte

**Theater L. G.**  
Königsgräberstr.  
8 Uhr: Wenn der neue Wein blüht

**Komödienhaus**  
8 Uhr: Mexiko-Gold

**Berliner Theater**  
7.30 Uhr: Das Weib im Purpur

**Theater am Kottbuser Platz**  
7.30 Uhr: Zwei um Eine

**Theater am Kottbuser Tor**  
Tägl. 8 Uhr  
12 Uhr nachm. 3 Uhr  
Elite-Sänger  
neuer Gesang  
Der Bombardier  
der neuen Programms

**Otto Renfer**

**Große Volksoper im Theater des Westens**  
(Gastspiel Pastiers)  
7 1/2 Uhr: Troubadour

Täglich Kammer-Oper  
Lützowstr. 112  
8 Uhr: Die große Revue des Kontinents  
Die Welt ohne Schleier

**Central-Theater**  
Direktion: Karl Heinz Wolff  
Alte Jakobstr. 30-32 (alte Lichtstr.)  
Täglich 8 Uhr  
**Der dumme August**  
Musik von Rud. Gfeller

**Neues Operetten-Th.**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Die Guido Thielscher verlegte Nacht**

**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr  
Goldschmieds Töchterlein

**Apollo-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Die Abenteuerin**

**Einblissen-Gale Zielka**  
Varieté — Kabarett  
7 1/2 Uhr Täglich  
Pan. Beckers, Willy Praeger

**Residenz-Theat.**  
Tägl. 8 Uhr  
**Die junge Welt**  
Komödie v. Wedekind

**Komische Oper**  
Ablaufendlich 7 1/2 Uhr  
Die große Revue des Kontinents  
Die Welt ohne Schleier

**Casino-Theater**  
Lothringers Str. 37.  
Elegante Theaterbesuche  
Volkskümmel. Preise  
von 50 Pf. bis 1,50 M.  
Tägl. 8 Uhr  
Der Scharfschütze: Die Mali v. Steinhof

**Walhalla Theater**  
Weinbergsweg  
15 Weltattraktionen

**Folies Caprice**  
8 Uhr  
Die Beine einer schön en Frau  
Zwischen 12 u. 1

**Waldtheater**  
12 u. 11  
Buckelbergstr. 48  
Hörben 4661

**Wien-Berlin**  
Unterhaltungs-Varieté  
Täglich 8 Uhr  
Jägerstr. 63a  
Täglich 8 Uhr  
**Das größte Programm!**  
Geschwister Severus  
3 Cartillas / Harry Allista  
Alexander Schöffer  
und weitere 6 Schläger

**Sonnabend u. Nachmittags-Vorstellg.**  
Die bekannte warme u. kalte Küche

**Walhalla Theater**  
Weinbergsweg  
15 Weltattraktionen

**Folies Caprice**  
8 Uhr  
Die Beine einer schön en Frau  
Zwischen 12 u. 1

**Waldtheater**  
12 u. 11  
Buckelbergstr. 48  
Hörben 4661

**Wien-Berlin**  
Unterhaltungs-Varieté  
Täglich 8 Uhr  
Jägerstr. 63a  
Täglich 8 Uhr  
**Das größte Programm!**  
Geschwister Severus  
3 Cartillas / Harry Allista  
Alexander Schöffer  
und weitere 6 Schläger

**Sonnabend u. Nachmittags-Vorstellg.**  
Die bekannte warme u. kalte Küche

**Neu eröffnet!**  
**Willy Ferg** G. m. b. H.  
Berlin SW. 68, hochparterre  
Herren- u. Damen-Moden

**Der elegante Herr Die elegante Dame**

finden eine wundervolle Auswahl der neuesten Moden zu wirklich wohlfeilen Preisen bei

**WILLY FERG** G. m. b. H.  
Charlottenstraße 84  
vis-à-vis dem Ullsteinhaus

Lieferung erfolgt sofort. Cashzahlung. Sonntags findet kein Verkauf statt!

**Geschäftszeit 9 bis 7 Uhr**

**Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde**  
Kupfer der Behandlungskasse für Rassenmitglieder im Rassenhof, Altonaer Str. 13 (Sprechstunden: 9 bis 1 Uhr vormittags, 2 bis 5 Uhr nachmittags) bietet die Behandlung der Mitglieder ab Montag, den 17. d. M., auch im Hause Deutscher Str. 30, 1. Etz. (Sprechzeit: 9-3 Uhr) laut.

Berlin-Lichterfelde, den 15. März 1924  
Der Vorstand  
G. Thilack, Vorsitzender

**Ein grauer Kopf**  
macht 10 Jahre älter! Keine Haare erhalten die triebere Farbe wieder durch „Alcolor“  
In allen Farben  
In allen Größen  
In allen Preisen  
In allen Geschmacksrichtungen  
In allen Geschmacksrichtungen  
In allen Geschmacksrichtungen

**Leiterwagen**  
alle anderen Transporteräte liefert billigst  
Großer Vorrat  
Geo g Wagner  
Köpenicker Str. 71  
kein Ladungsschiff

**Arno Götner, Gebr. Handlung**  
Berlin NW, Unterstr. 21 am Rosenthaler Platz

**Von 1 bis 3 1/2 geschlossen!**  
**Einkauf**  
jetzt günstig  
in Teppichen  
Brücken · Gardinen  
Möbelstoffen  
Tisch- und  
Diwanddecken  
Steppdecken  
Deutsches Teppichhaus  
**Emil Lefèvre**  
Über 4. Jahre im Stammhause  
nur Oranienstr. 158  
nirgends Filialen!



Ihr habt die Wahl!

Proletarier, auf zum Kampf!
Nicht mit Giftgas und Pulverdampf,
Nur durch der Masse gewaltige Zahl.
Wollt ihr verkommen als feige Knechte,
Wollt ihr wahren der Menschlichkeit Rechte?
Ihr habt die Wahl.

Sollen in Deutschland Verrat und Mord,
Lüge, gebrochenes Ehrenwort
Werden zum dauernden Ruhmesmal?
Oder soll euren reinen Händen
Arbeitslegen die Erde euch spenden?
Ihr habt die Wahl.

Sollen die Räuber die Zeit euch rauben,
Euer Hoffen, der Kinder Glauben,
Arbeit verwandeln in tierische Qual?
Oder, nach Mähen, wollt auch mal genießen
Blumen, die aus den Aekern spritzen?
Ihr habt die Wahl.

Auf denn, seid zum Kampf bereit,
Mann und Weib in dem geistigen Streit!
Euer Sieg sei der Freiheit Fanal.
Deutschland der Goethe, Lessing und Kant?
Oder Hitlers und Lubendorffs Hunnenland?
Ihr habt die Wahl.

Geschichtliche Entscheidung.

Für den Frieden Europas.

Es scheint, als ginge Europa einer tragischen Verwicklung entgegen. Langsam kommt der Zeitpunkt heran, an dem englische und französische Regierungen zu einer aufrichtigen und Europa Frieden gebenden Verständigung mit Deutschland bereit sein werden.

Aber die Regierung Marx ist nicht getragen von demokratischem Geiste, nicht von den großen Ideen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Befangen in dem engen und kleinen Geiste des autoritären Bürokratismus führt sie eine Politik der Bedrückung der arbeitenden Klassen und der ungerechten Verteilung der Lasten des Staates.

Das wäre das Unglück Deutschlands, das Ende jeder Hoffnung auf eine baldige Befreiung der besetzten deutschen Gebiete, das Ende der Hoffnung auf kommende bessere Zeiten, das Ende der Hoffnung auf Verständigung in Europa auf lange Jahre.

Diese Entscheidung liegt zu einem großen Teile in der Hand der deutschen Arbeiter. Sie sind die Mehrheit der Nation. Werden sie erkennen, welche große Entscheidung in ihre Hände gegeben ist? Werden sie, wenn sie die jüngste Vergangenheit an sich vorüberziehen lassen, mit fester Entschlossenheit jene zurückweisen, die Deutschland ins Verderben führen und die Zukunft Deutschlands und Europas bedrohen?

Klar und bestimmt zeigen die Erfahrungen der vergangenen vier Jahre die Aufgaben der deutschen Politik der kommenden Tage: es gilt, den reaktionären Kräften in Deutschland den Boden und die Macht zu entziehen, auf die sie sich stützen. Es gilt, die geballte Wirtschaftsmacht der großen Konzerne unter staatliche Kontrolle zu stellen — im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, zur Verhinderung brutaler Massenherrschaft, im Interesse der außenpolitischen Stellung Deutschlands. Stinnes, der härteste Exponent dieser Kräfte, darf nicht der Leiter des Geschickes des deutschen Volkes sein. Es ist unvereinbar mit den

Ideen der Freiheit und der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit, daß ein einzelner auf Kosten des Volkes die Wirtschaftskräfte einer Nation für sich gewinnen und für seine Zwecke diktatorisch anwenden kann. Es ist unvereinbar mit der Würde und Freiheit eines Volkes, daß wenige Führer der Wirtschaft ihr Geschick in den Händen halten.

So ist die große Aufgabe: Staatskontrolle der großen Konzerne, Dienstbarmachung ihres Reichtums für den Staat, gerechte und unter sozialem Gesichtspunkt geführte Finanzpolitik, Sorge für Kultur und Wohlfahrt der arbeitenden Massen, Bereitschaft zur internationalen Verständigung. Mit zwingender Notwendigkeit weisen die Lehren der jüngsten

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

Der Reichstag ist aufgelöst. Nur wenige Wochen trennen uns von dem Tag der Entscheidung über das Geschick des deutschen Volkes. Die Regierung, geführt auf die bürgerlichen Parteien, hat die Anträge der Sozialdemokratie, die die arbeitenden Massen schützen sollten gegen die Angriffe des Kapitalismus, im Parlament zu verhandeln abgelehnt.

Aufhebung des Achtstundentages, Abbau der sozialen Fürsorge, Steuerabotage der Besitzenden, Entlassung aller demokratischen und republikanischen Beamten, ist die Politik der Regierung und aller bürgerlichen Parteien in diesen letzten Wochen gewesen.

Die Sozialdemokratie hat diesem reaktionären Treiben energischen Widerstand entgegen-gesetzt.

Sie ruft jetzt die Massen auf, eine Entscheidung zu fällen, ob das arbeitende Volk sich von neuem unterdrücken und knechten lassen will, ob Kapitalismus und Militarismus unumschränkt herrschen sollen. In den wenigen Wochen, die uns vom Tage der Wahl trennen, müssen die

Hand- und Kopfarbeiter alle Kräfte mobilisieren, gegen die Feinde der Republik, gegen ein machtlüsteres Unternehmertum, und alles einsehen, die Idee des Sozialismus in die Massen zu tragen.

Alles, was die Sozialdemokratie in den letzten vier Jahren erstrebte, kann jetzt keine Verwirklichung finden, indem die schaffenden Männer und Frauen dazu beitragen, daß der 4. Mai ein Tag des Sieges für die Sozialdemokratische Partei wird.

An unsere Parteigenossenschaft richten wir die Aufforderung, einig und geschlossen in diesen schweren Kampfeinzutreten. Bis zum Tage der Wahl arbeite ein jeder so, als ob von ihm allein der Sieg unserer Partei abhängt.

Hoch die Sozialdemokratie, hoch die Solidarität der Hand- und Kopfarbeiter! Bezirksvorstand der USPD. Groß-Berlin.

Vergangenheit das deutsche Volk in der Richtung zum Sozialismus hin. Möge es aus der Not der Zeit heraus die Idee des Sozialismus in seiner Mehrheit fest umfassen!

Vor dem deutschen Volk liegen zwei Wege: Der Weg der Demokratie der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens, und der Weg der Not, der Unfreiheit, der Unterdrückung, der Weg, der zu neuen Kriegen führen muß. Es gilt, aus der Vergangenheit zu lernen und den inneren Kräften, die das deutsche Volk ins Verderben führten, deren Exponenten die Stinnes und Helfferich sind, eine entscheidende Absage zu erteilen.

Als England in den Krieg eingetreten war — so sagt ein Kritiker dieser Kräfte im homburgischen Wirtschaftsblatt vom August 1923 — „einen Krieg, der nach den Ueberlieferungen der englischen Politik mit härteren Opfern der Besitzenden geführt werden mußte als in irgendeinem Lande, fand einer der ersten englischen Industriellen (es war der Führer der konservativen Partei und spätere Ministerpräsident Baldwin), daß er seinem Lande mehr als gewöhnlich schuldig sei. Er ließ ein Vermögen abschätzen und überwies ein Viertel des Gesamtvermögens dem Staatsschatz seines Landes. Es ist davon nicht gesprochen worden. Erst gelegentlich der Amtübernahme durch Baldwin ist davon die Rede gewesen. Ein Volk, das solche Männer hervorbringt, hat den Krieg moralisch gewonnen, ehe noch die Würfel auf den Schlachtfeldern gefallen sind.“

Ein Volk, das sich den Stinnes und Helfferich anvertraut, beleidigt seine nationale Würde. Es verrät seine Zukunft, die großen Ideale kultureller Entwicklung, die aus einer Mitte hervorzuschauen, es wird niemals wahrhaft frei sein!

Heil und Sieg!

Deutschnationaler Schwindel.

Die Deutschnationalen geben auf den Arbeitersang. Sie haben dazu den Landtagsabgeordneten Paul Küffer angeheißt und den „Deutschnationalen Arbeiterbund“ ins Leben gerufen. Für die Arbeiter ist ihnen der dümmste und älteste Schwindel gut genug. Sie sehen ihnen in einem Flugblatt, „Am Scheidewege“ überschrieben, folgende hadnebüchene Sätze vor: „Aus Angst vor den Franzosen und der Entente haben die Sozialdemokraten und die mit ihnen verbündeten Parteien das deutsche Kaiserium besetzt, das Heer aufgelöst, Handels- und Kriegsflootte ausgeliefert und die Kriegsschuldlast unterzeichnet.“

Die Angst vor den Franzosen hatte Ludendorff. Er war es, der die Regierung mit aller Macht zum Woffenstillstand drängte und keine 24 Stunden warten wollte. Aus Erzberger die drückenden Waffenstillstandsbedingungen nicht unterzeichnen zu können glaubte, telegraphierte ihm Hindenburg er

solle trotz der Schwere der Bedingungen, die Auflösung des Heeres und Auslieferung der Flotte forderten, dennoch unterzeichnen! Wo war da die Angst vor den Franzosen?

Auf sozialem Gebiete läßt dies Flugblatt noch besser. Da heißt es:

„Der Deutschnationaler Arbeiterbund fordert, daß der Staat sein kostbares Vermögen, die lebendige Arbeitskraft seiner Bürger, schützt und daß die soziale Gesetzgebung auf wirksamer Höhe erhalten wird.“

Am 26. Juli 1920 entwickelte der Sprecher der Deutschnationalen Heffnerich im Reichstag das wirtschafts- und sozialpolitische Programm seiner Partei. Er forderte: Befreiung des Unternehmertums vom staatlichen Einfluß, Aufhebung des Achtstundentages, Herabsetzung der Löhne, Abbau der Sozialpolitik, Beamtenabbau. Mit Unterstützung der Schwerindustrie haben die Deutschnationalen erreicht, daß die Verwirklichung dieses Programms voll in Gang ist.

Der Arbeiter, der unter den Lasten des verlorenen Krieges seufzt, verdankt das — den Deutschnationalen.

Der Arbeiter, der zehn Stunden bei erbärmlichem Lohn frondem muß, verdankt das — den Deutschnationalen.

Der Alt- und Kriegserntner, der bei unzulänglicher Rente langsam verhungern kann — das Opfer der Deutschnationalen.

Ihnen gebührt am Wahltag das Verdammungsurteil der Arbeiter!

Eine klatschende Ohrfeige.

Die Quittung der Zentrumsarbeiter.

Die gegen die Arbeiterschaft gerichtete Politik des Zentrums hat die Ertüchtigung der Zentrumsarbeiter im westlichen Industriegebiet hervorgerufen. Die gegen die Zentrumspolitik rebellierenden christlichen Arbeiter geben unter dem Titel: „Die Volksgemeinschaft“, ein Mittelungsabblatt heraus. In Nr. 13 dieses Blattes wird den Zentrumsabgeordneten folgendes ins Stammbuch geschrieben:

„Der lange Jahre hat man verstreichen lassen, und hat nichts getan, um unsere Not und unser Elend zu lindern. Der lange Jahre hailet ihr Zeit, ihr Herren Volksvertreter, für das Volk und seine Bedürfnisse zu sorgen und das Schlimmste von uns abzumenden. Da hat man vergeblich nach euch gesehen, und ihr habt nicht gehört und wolltet auch nicht hören. Wo wart ihr denn, als es galt, den armen Kriegsoffizieren zu helfen, die heute noch vergeblich nach ihrem Rechte schreien? Wo wart ihr, als es galt, den Invaliden und Waisen einen auskömmlichen Unterhalt zu geben? Wo wart ihr, als es galt, jenen Hühnern des deutschen Volkes ihr schwächliches Handwerk zu legen? Während ihr den kleinen Dieben nachsetzt, laßt ihr zu, daß einige wenige unser Volk und Staat auszujo-gen bis aufs Hemd. Wo wart ihr, als es galt, jenen Schatzkisten ihre Beute abzunehmen, um sie dem Volkwohl zuzuführen? Wo wart ihr, als es galt, den Rührerebruch zu verhindern, der durch die Gewissenlosigkeit jener Kreise gewollt wurde, weil sie glaubten, unter dem Schutze der Bajonette ihre teuflischen Pläne gegen die Arbeiter zu verwirklichen? Wo wart ihr, als es galt, die Syndikate und Kartelle, jene Pestbeulen am deutschen Volkskörper, auszurotten? Und so liehen sich diese Fragen beliebig vermehren, doch genug für heute. Ja, ihr Volksvertreter, immer da, wo es galt, das schreckliche Anrecht am deutschen Volke zu verhäuten oder niedergutzumachen, da hat man vergebens nach euch gerufen. Denn ihr wart zu feige, jenen zu Leibe gehen, da ihr ja mehr oder weniger ihre Soldaten wart und die wenigen, die es wagten, diesem Treiben ein Ende zu machen, die liehet ihr schmähslich im Stich. Darum verdient ihr kein Mitleid, wenn euch heute so geschieht, wie ihr es nicht anders erwarten durftet. Das Volk der schaffenden Stände soll euren hochförenden Phrasen noch einmal Glauben schenken, soll all den nichts sagenden Versprechungen nochmals vertrauen? Nein, gar zu sehr habt ihr uns betrogen, als daß ihr das entschwindene Vertrauen nochmals wiederkäufen könnt. Ihr befehlt trotzdem die Unversorgenheit, dem Volke aus neue vorzujagen, daß nur ihr die einzig wahren Volksvertreter seid. Arbeiter, wacht auf!“

Das ist eine wichtige, aber gerechtfertigte Anklage! Eine klatschende Ohrfeige auf den Zentrumsaufruf ist nicht denkbar. Sie zeigt mit der Schuld des Zentrums auch die Schuld der bürgerlichen Mittelparteien. Ihnen gebührt am Wahltag die Quittung!

Was wollen die Demokraten?

Sanierung oder neue Katastrophe?

Die Demokratische Partei vereinigt die widersprechenden Kräfte. Neben ehrlichen Demokraten von sozialer Gesinnung stehen Interessen der großen Industrie, die die Demokratische Partei zur Interessenpolitik mißbrauchen, neben freibeitlicher Gesinnung wohnt knöcherner Bürokratismus. Was will diese Partei, die so auseinanderstrebt?

Im „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag behauptet Herr Dr. Koch, ehem. Reichsminister, R. d. R., Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei, keine Partei wolle die Sanierung Deutschlands, wolle vor allem die Stabilisierung der Währung. Er beschuldigt die Sozialdemokratie, sie werfe sich den Stabilisierungsbemühungen entgegen:

„Eine Opposition gegen die Bestrebungen zur Erhaltung der Währung kann es überhaupt nicht geben. Die Opposition im Reichstag bekennt sich denn auch nicht in ihren Worten zu einer neuen Inflation. Sie tut es aber um so mehr in ihren Taten. Sie verlißt sich darauf, daß das deutsche Volk noch nicht hinreichend politisch geschult ist, um das zu merken.“

Nicht viel anders ist es mit den unzähligen Anträgen der Sozialdemokratie. Die Mehrheit der Anträge der Deutschnationalen und Sozialdemokraten deutet überhaupt darauf hin, daß diese Anträge nichts enthalten, was nicht jeder Mensch mit gutem Herzen denjenigen gern gönnen würde, die beglückt werden sollen. Nur müssen die Regierungenparteien sich und dem Volke leider einreden, daß sie diese beideren Wünsche zum größten Teil nicht erfüllen können, ohne die feste Währung zu zerstören. Der Wahlkampf geht also letzten Endes darum, ob in Deutschland das gefährliche Gesamtinteresse des Volkes oder verleihte Spezialinteressen einzelner maßgebend sein sollen.“

Herr Dr. Koch verschließt seine Augen der Tatsache, daß das Rotverordnungsrecht der Regierung auf Kosten der Interessen des größten Teiles der Bevölkerung die Spezialinteressen einer verschwindenden Minderheit ungerrecht und ungebührlich begünstigt. Diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, ist der Zweck der sozialdemokratischen Anträge. Wir sehen in der Stabilisierung nicht nur ein technisches, sondern vor allem auch ein soziales Problem. Wir sehen, daß sie zusammenbrechen und neuer Inflation Plog machen muß, wenn sie durch übermäßige Belastung der Massen erreicht wird. Die diese nicht mehr tragen können. Wir sehen die politische Bedrohung der Stabilisierung, wenn die harte Ungerechtigkeit der Steuerpolitik der Regierung nicht auf-

# Wie und von wem wurde die Inflation bezahlt?

## Mit dem Hunger des Volkes!

Mit Hilfe der Rotenpresse hat die Reichsregierung eine geradezu mörderisch wirkende Steuer auf einzelne Volksteile gelegt. So wurden die Kriegsanleihen getilgt, ein großer Teil der Staatsausgaben bestritten und sogar erhebliche Beträge für die Reparation flüssig gemacht.

Durch die Arbeit der Rotenpresse erzielte ein Heer von Spekulanten und Sachwertbesitzern aller Art gewaltige Vorteile gegenüber der verarmenden Volksmasse. Der von Sporkapital und Papiermarkrenten lebende Teil

des Mittelstandes und die Arbeiterschaft wurde, als die Mark auf ein Billionstel sank, vollständig enteignet.

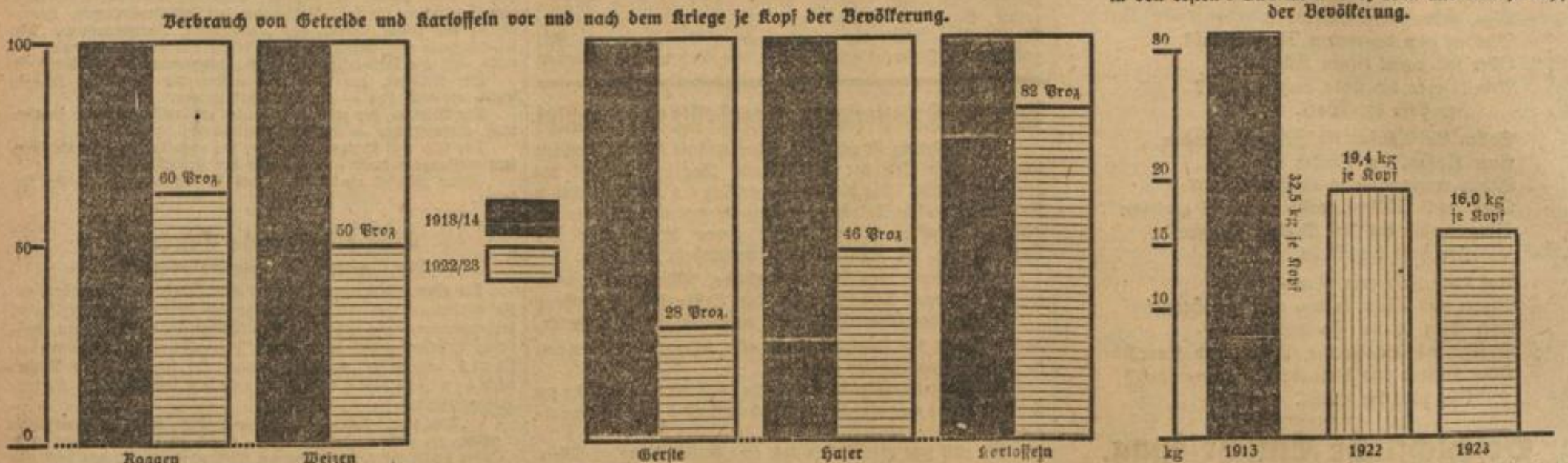
Und doch wäre nichts falscher, als die von gewissen sehr reich gewordenen Freunden des ausgehungerten Mittelstandes verbreitete Annahme, der Mittelstand allein habe die Inflation bezahlt. Viel weitere Volksteile sind daran beteiligt.

Um das zu erkennen, genügt es nicht, das Sinken des Reallohnes in einzelnen Berufsgruppen aufzuzeigen. Die durch die Rotenpresse unsichtbar gemachten Staatsausgaben, der Vermögenszuwachs der Schieber und die Goldwerte der Reparationen konnten von der Gesamtwirtschaft nur ausgebracht

werden durch eine vergrößerte Produktion oder durch Ersparnisse am notwendigsten: durch Hunger!

Die folgenden Darstellungen des Nahrungsmittelverbrauches vor und nach dem Kriege sind entnommen einer Veröffentlichung der für solche Fragen immerhin kundigsten deutschen Körperschaft, des Deutschen Landwirtschaftsrates, der sie als Materialien zur Beurteilung der Lage der deutschen Landwirtschaft der Internationalen Sachverständigenkommission für Währungsfragen vorgelegt hat. Die Darstellungen gehen zurück auf die amtliche Statistik des Deutschen Reiches.

Fleischverbrauch nach den gewerblichen Schlachtungen in den ersten 3 Quartalen 1913, 1922 und 1923 je Kopf der Bevölkerung.



Im Durchschnitt hat also jeder Einwohner Deutschlands nur  $\frac{1}{10}$  der Vorkriegsration an Roggenbrot und gleichartigen Produkten  $\frac{1}{3}$  Weizenbrot, Semmeln, Nudeln u. dergl. etwa  $\frac{1}{4}$  der Gerste und Gerstenprodukten noch nicht  $\frac{1}{2}$  Hafer und Haferpräparate  $\frac{1}{2}$  der Vorkriegsration Fleisch  $\frac{1}{4}$  Kartoffeln verbraucht.

Die Einschränkung des Kartoffelverbrauchs war in Wirklichkeit noch größer als aus diesen Zahlen hervorgeht, da erhebliche Teile der hier als Kopfration berechneten Menge in Wirklichkeit nicht dem menschlichen Verbrauch zugute kam, sondern in irgendeiner Form als Viehfutter verwendet wurde, nachdem die Einfuhr von ausländischen Futtermitteln wesentlich zurückgegangen ist.

gehoben wird. Unsere Anträge wollen die Stabilisierung nicht nur technisch, sondern auch politisch und sozial sichern und damit ihre Dauer gewährleisten.

Die sozialen Probleme, auf die es jetzt ankommt, steht Herr Dr. Koch nicht, der zu den Bureauträgern in der Demokratischen Partei zu rechnen ist. Wie wird seine Partei sich dazu stellen? Sie zeigt zwei Tendenzen. Am Sonntag hat die Demokratische Partei in Heßen-Rassau ihre Kandidaten aufgestellt und Herrn Dr. Schilling an die Spitze gesetzt. Auf dieser Tagung sprach der demokratische Abgeordnete Erkelenz:

„Der Mangel an Opferwillen in manchen Kreisen des deutschen Volkes habe dazu geführt, daß die französische Gewaltpolitik so zu unserem Schaden durchgeführt werden konnte. Wenn die deutsche Schwerindustrie auch nur die Hälfte der Summen an das Reich gezahlt hätte, die heute aus Grund der Ricum-Beträge den Franzosen zu zahlen sind, wäre vielleicht das Unglück des Ruhrsturzes verhindert worden.“

Herr Erkelenz kämpft ehrlich und entschieden gegen die Schwerindustrie und ihre sozialreaktionären Bestrebungen. Aber während er so mit dem Finger auf die Verderber Deutschlands zeigte, fehlten seine Parteigenossen in Berlin an die Spitze ihrer Liste: Herrn Dr. v. Siemens und leiteten eine Kandidatur von Professor Bonn ab.

Herr v. Siemens steht mit Herrn Stinnes und Herrn Rirdorf an der Spitze des Elektromontantrusts, des größten deutschen Konzerns. Der Trust umfaßt unter dem Namen: Siemens-Rheinische-Schulert-Union den Stinnes-Konzern und den Siemens-Konzern. Er ist die stärkste Macht und der Treiber der Schwerindustrie, die Herr Erkelenz so hart und deutlich schwerster nationaler Schuld bezichtigt. Hier liegen die Gegensätze offen zutage. Auf der einen Seite Erkelenz, auf der anderen der Vorsitzende des Stinnes-Konzerns. Wie wird eine Partei, die solche Gegensätze umfaßt, sich zu den sozialen Fragen stellen?

Der Gegensatz Siemens-Bonn aber ist nicht minder interessant als der Gegensatz Siemens-Erkelenz. Professor Bonn war neben Rathenau der Führer der Berater der deutschen Regierung in Spa, die sich der wahrhaftigen Stinnes-Politik entgegenwarfen. Damals — im Juni 1920 — wollte Stinnes durch die Verweigerung der Kohlenlieferungen die Franzosen zur Befreiung des Ruhrgebietes provozieren. So stand Befreiungspolitik durch Erfüllung gegen neue Verklavungspolitik durch Provokation. Gerade in dieser Zeit kam Herr v. Siemens nicht nur unter den wirtschaftlichen, sondern auch unter den politischen Einfluß von Stinnes. Das „Berliner Tageblatt“ sprach das damals offen aus, als Herr v. Siemens unter dem Einfluß von Stinnes seine Berufung als Sachverständiger zur Brüsseler Konferenz ablehnte. Bonn und v. Siemens sind die Vertreter widerstreitender Tendenzen. Die Nominierung v. Siemens gegen Bonn bedeutet die Befreiung des Willens zum Stinnes-Kurs.

Welchem Kurs wird die Demokratische Partei folgen? Ihre praktische Politik im Reichstage war mindestens von 1921 an eine Begünstigung der Sabotage der Finanzen und der Währung durch die Schwerindustrie. 1921: Sabotage wirklicher Sachwertfassung mit Hilfe der schwerindustriellen Demokraten; Mitte 1922: Sabotage der Zwangsanleihe mit Hilfe der Demokraten; Ende 1922, Anfang 1923: Sabotage des Geldwertgesetzes mit Hilfe der Demokraten. An der Stellung der demokratischen Reichstagsfraktion lag es, daß das Reich die Schwerindustrie nicht zu Leistungen zwingen konnte, die Deutschland vor der Ruhrbesetzung geistet hätten. An der Stellung der demokratischen Reichstagsfraktion lag es, daß die Widerstände gegen die soziale Reaktion geschwächt wurden. Diese Partei ohne innere Ein-

Mit Einschränkung und Hunger also wurde die Inflation bezahlt.

Wer aber hat gehungert? Nicht der Landwirt, der selbstverständlich von seinen Nahrungsmitteln so viel für sich behielt, als er zur Erhaltung seiner Arbeitskraft brauchte, noch weniger die neuen Reichen, die Sachwertbesitzer und Spekulanten und alle Bezieher eines hohen Einkommens. In dieser dünnen Oberschicht hat vielmehr der Verbrauch an allen Waren zugenommen, wie jeder Gang durch die „vornehmen“ Stadtteile während des Spekulationstamels zeigen konnte.

Bezahlt haben die Inflation alle, die vom Ertrag ihrer Arbeit lebten und während der Sprünge des Dollarkurses bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung um den größten Teil ihres Arbeitsverdienstes betrogen wurden.

heit und ohne innere Kraft wird der Schwerindustrie freie Bahn lassen. Sie wird die ehrlichen Demokraten in ihren Reihen mißbrauchen zur Bemäntelung schamloser Interessenpolitik. Sie wird bei der Lösung der sozialen Probleme auf der Seite der Reaktion stehen. Die Demokratie ist bei dieser Partei nur eine Maske — ihre wahre Heimat ist in der Sozialdemokratie.

## Die Parteipresse und der Wahlkampf.

Die Presse der Sozialdemokratischen Partei nimmt allgemein den Wahlkampf auf. Die große Bedeutung der Wahl für die Arbeiterchaft in Deutschland und für die Stellung Deutschlands in der Welt wird von ihr scharf herausgearbeitet.

„Hamburger Echo“ und „Essener Arbeiterzeitung“ weisen vor allem auf die Notwendigkeit der Abwehr der sozialen Reaktion hin. Das „Hamburger Echo“ schreibt:

„Wahlparole: Für oder gegen die Republik! Für oder gegen den Einheitsstaat — für oder gegen neuen Krieg, für oder gegen Sozialpolitik. Der sofort auf der ganzen Linie mit Händruck einsetzende Wahlkampf wird in der Hauptsache um die Durchsetzung der Ziele geführt werden, die mit den obigen Schlagworten kurz gekennzeichnet sind. Der Rechtsblock wird vor allem besetzt sein, die gegenwärtig in der Arbeiterschaft herrschende Verbitterung und Enttäuschung über so manche in den ersten Jahren der Nachkriegszeit unerfüllt gebliebene Hoffnung auszunützen, um Arbeiterstimmen einzufangen und mit der so gewonnenen Macht die Arbeiter selbst in die alten Fesseln völliger Rechtslosigkeit zurückzuführen. Mit dem schändlichen Mißbrauch der Ermächtigungsgesetze, mit dem Raub des Achtstundentags, mit der Abwälzung aller Steuerlasten auf die Lohn- und Gehaltsempfänger ist erst der Anfang einer Entrechtung der Arbeiterklasse gemacht. Ein fünfjähriger Reichstag mit noch stärkerem Einfluß der Rechtsparteien wird diese Entrechtung auf die Spitze treiben, wird die Sozialpolitik im Deutschen Reich völlig ruinieren und seinen Sieg über den jüdisch-margittischen Geist dadurch dokumentieren, daß er den Kapitalismus zum Alleinherrscher erhebt. Das muß und wird verhindert werden, wenn die proletarische, die demokratische Volksmehrheit ihrem Ideal treu bleibt, wenn sie im Wahlkampf alle Kraft einsetzt für den Sieg der Sozialdemokratie und damit den Rechtsblock in Stücke zerlegt.“

„Essener Arbeiterzeitung“:

„Die kommenden Reichstagswahlen müssen daher für die schaffenden Stände eine Genesungsrechnung mit der Reaktion und dem Schamlosigkeit darstellen. Schon jetzt muß die Aufklärung über das verberbliche Treiben der Bulle und Hitler, der Marx und Brauns mit aller Energie einsehen. In Schacht und Köntor und überall, wo Untertüme leiden, muß Aufklärung geschaffen werden. Keine Minute darf bis zu den Neuwahlen ungenützt bleiben, denn diesmal geht es um alles: um die Wiedererrichtung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit und vor allen Dingen um die Erhaltung der deutschen Republik. Die Losung lautet jetzt: Unser die Zukunft, trotz alledem!“

## Arbeitslose Mitglieder der USPD. Groß-Berlins!

Dienstag, den 18. März, nachmittags 2 Uhr, im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25.

## Versammlung aller USPD.-Erwerbslosen

Thema: „Die Erwerbslosen und die Reichstagswahlen“ Referent: Genosse Crispian

Ohne Mitgliedsbuch der Partei kein Zutritt. Der Bezirksvorstand.

Und warum mußte die Arbeiter- und Angestelltenchaft dieses Opfer bringen?

Weil eine verfehlte Finanz- und Wirtschaftspolitik vor einer wirklichen Besteuerung des Kapitals zurückschreckte, weil die bürgerliche Mehrheit des Reichstages trotz aller Forderungen und Proteste der Arbeiterschaft den Sachbesitz in unverständlicher Weise schonte und vor umfassenden Maßnahmen zur Sanierung der Währung so lange zurückschreckte, als mit Hilfe des Marksturzes die Industrie auf Kosten der Arbeitskraft noch besondere Gewinne einstecken konnte. Nach einem Wort des bürgerlichen Wirtschaftsministers Hamann hat man die Rentenmark erst eingeführt, nachdem „die Inflation sich selbst aufgefressen hatte“.

Soll das wieder eintreten? Es gibt nur ein Mittel, das zu verhindern: wählt sozialdemokratisch!

Die Magdeburger „Volksstimme“ fordert von den Wählern die Schaffung einer starken, von starkem sozialdemokratischen Einfluß getragenen Regierung:

„Zum dritten Male seit das Deutsche Reich eine Republik ist, wird das deutsche Volk am 4. Mai 1924 zur Wahlurne gehen, um sich eine Regierung zu bestellen. Das und nichts anderes ist der Zweck der Wahl.“

„Wiedas deutsche Volk wählt, so wird es regiert. Wenn es sagt über die Unfähigkeit des jetzt aufgelösten Reichstages, so trifft dies Urteil nicht die einzelnen Abgeordneten, sondern die Wähler, die ihnen am 6. Juni 1920 ihre Stimme gaben. ... Nur eine Parlamentsmehrheit, in welcher die Sozialdemokratie mindestens sehr starken Einfluß hat, ist unter den gegebenen Verhältnissen eine regierungsfähige zu nennen. Sie zu schaffen, das ist die Aufgabe, die am 4. Mai die deutschen Wähler und Wählerinnen zu lösen haben.“

Auf die Bedeutung eines für die Reaktion günstigen Wahlausfalls für Deutschlands außenpolitische Stellung verweisen „Frankfurter Volksstimme“ und „Dresdner Volkszeitung“.

„Frankfurter Volksstimme“:

„Rund vier Jahre der Sorgen und der Not liegen hinter uns. Der raubgierige Imperialismus des Auslandes zusammen mit der arbeitereindlichen Politik der deutschen Parlamentsmehrheit und der unentschlossenen Außenpolitik der Bürgerlichen in den Regierungen brachte uns einer gefährlichen Reorganisation Deutschlands, des Stiefkinds des friedlosen Europa kaum viel näher. Siegt jetzt die Rechte, so haben die keinen Lichtblick, die sich am Horizont der Außenpolitik zeigen, als Irrlichter erwiesen; ein „deutschnationales, völkisches“ Deutschland, das jene Raren regieren, die als Kläger oder Angeklagte jeht vor der Schlichtadahlst-Justiz in Mauthausen geistige Purzelbäume schlagen, würde den letzten Rest seiner wirtschaftlichen und nationalen Selbstständigkeit einbüßen. Bis zum Wahltag darf es nur eine Parole geben: Jede Stimme der Sozialdemokratie!“

„Dresdner Volkszeitung“:

„Auf der anderen Seite regt sich erwiesenermaßen auch in den bürgerlichen Parteien der Widerstand gegen die volksfeindliche Politik, die diese Parteien in den letzten Monaten getrieben haben. Wir brauchen hier nur an die Gründung der christlich-sozialen Volksgemeinschaft durch linkschende Elemente des Zentrums und an die Errichtung der neuen republikanischen Partei zu erinnern. Über alle derartigen Bestrebungen in den bürgerlichen Parteien bleiben politisch belanglos, wenn die Reichstagswahlen eine Stärkung der Rechtsparteien bringen, ähnlich wie in Thüringen und Mecklenburg. Dann müssen wir befürchten, daß im Deutschen Reich ein unter der Herrschaft der Deutschnationalen und Deutschvölkischen stehender Bürgerblock die Führung an sich reißt. Die Folgen wären unabsehbar. Nicht nur schwerste Reaktion im Innern, sondern auch außenpolitische Verwicklungen, die dem deutschen Volk neue Qualen, ja sogar den Zerfall seines Reiches bringen können. Diese Gefahren können nur abewahrt werden, wenn die Wahlen zeigen, daß die Partei der deutschen Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, machtlos und stark, trotz allen Nöten der Zeit sich erhalten hat.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ fordert Aufklärung der Massen und Abwehr der Reduplizität der Extremen:

„Der nun einsetzende Wahlkampf muß zu einer gründlichen Aufklärung über das Wesen der bürgerlichen Parteien in Deutschland betriebe werden. Nichts wäre für die deutsche Arbeiterklasse verhängnisvoller, als wenn sie der von den Kommunisten und Deutschvölkischen betriebenen Rabau- und Präzedenzpolitik teilnahmslos gegenübersteht, wenn die einseitige Profiteure wäre der Kapitalismus. Die in den letzten Wochen von unserer Fraktion erzielte Aufklärungsarbeit muß benutzt werden, besonders die Anträge zu den Verordnungen. Auf an die Arbeit!“

# Schluß der Zeugenvernehmung.

## Abgekartetes Spiel hinter den Kulissen?

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wurde der Oberlandesgerichtsrat Lortz vernommen.

**Vors.**: Ehrhardt soll im Auftrage Rahrs Weider gefolgt haben?

**Zeuge**: In Nürnberg besteht eine Vereinigung alter Burgenbesitzer, die am 17. Oktober zu einer Sitzung zusammenberufen wurden. In offizieller Sitzung erzählte uns der Ingenieur Ulllein, Ehrhardt habe vor einer Versammlung von Industriellen und Kaufleuten mitgeteilt, Rahrs Stellung werde durch Berlin unhaltbar gemacht.

Rahr habe sich daher entschlossen, loszuschlagen.

Vom Marsch nach Berlin war keine Rede. Aber

wir sahen es so auf, daß militärisch gegen Norddeutschland vorgegangen werden sollte.

Zum Losschlagen bedurfte es militärischer Maßnahmen und vor allem Geldmittel.

Die Industrie Württembergs soll um Geld angegangen worden und es seien 20 000 000 Dollar zusammengelassen.

Es wurde dann besprochen, welche Maßnahmen in Rücksichtnahme auf das Ausland in Bayern getroffen werden sollten. Herr Ulllein erklärte, er wüßte das alles von Ehrhardt selber.

Dann wurde der

### Kapitänleutnant Kautter

vernommen. Er beginnt mit einem Ueberblick über die politische Entwicklung. Der Prozeß, so erklärte der Zeuge, gäbe ein fallches Bild, wenn man nur die Personen im Vordergrund betrachte und sich nicht mit den inneren Zusammenhängen beschäftige.

Die Angeklagten und Zeugen seien nur die Vorläufer im Ringen zweier Richtungen um die Macht der christlich-völkischen und der jüdisch-marxistischen Weltanschauung.

Der Rapp-Putsch bejähigte die Herren der Sozialdemokratie in Bayern und machte Rahr zum Ministerpräsidenten. Es begann die Sammlung der nationalen Kräfte Bayerns, und seit jener Zeit basiert der Kampf der christlich-völkischen Anschauung Bayerns gegen das marxistische Berlin, gegen die Weimarer Verfassung.

Dieser Kampf war nicht eine eigene Angelegenheit Rahrs, sondern ein Lebenskampf der bayerischen Nation. Wenn eine Verfassung nur die Anebelung eines Volkes bedeute, dann darf ein Staatsmann sich nicht von staatsrechtlichen Erwägungen leiten lassen, sondern muß seine eigenen Wege gehen. Der völkische Charakter des Kampfes Berlin-München zeigte sich sehr bald, schon beim Konflikt Seedorf-Losow.

Die Verfassung wurde mehrmals gebrochen, so durch die Inpflichtnahme der bayerischen Truppen und durch die Sanktion der Maßnahmen Rahrs durch das Ministerium.

Schon die Ernennung Rahrs hat die Stellung des Reichspräsidenten Ebert und das Kabinett stark erschüttert, und deshalb haben sowohl Stresemann wie auch General v. Seedorf wiederholt Fühler nach den nationalen Kreisen Bayerns ausgestreckt. Es kam die Verhandlung zwischen Rahr und den Vaterländischen Verbänden, bei denen Rahr seinen Zweifel daran gelassen hat, daß er irgend ein Wortprellen eines einzelnen Verbandes nicht wagen würde. Ich selbst war zwei- oder dreimal bei Rahr und einmal bei Seedorf. Am 8. November abends erhielt ich die Mitteilung vom dem Staatssekretär Hitler-Ludendorff. Ich ging in das Generalkonsulat zum Baron v. Freyberg, der mir wußte, daß sich im Gewahrsam Hitlers die ganze Regierung, sowie die Herren Rahr, Losow und Seedorf befänden. Mir war es nach dem Eindruck, den ich von den bayerischen Verhältnissen hatte, klar, daß das Hitler-Ludendorff-Unternehmen keinen Erfolg haben könnte, wenn der bayerische Staat nicht mitmachte. Ich veranlaßte sofort die Robstmachung unserer Verbände, schon um Herrn v. Rahr zu stärken.

**Vors.** (unterbrechend): Wenn aber Herr v. Rahr doch gefangen war.

**Zeuge**: Ich habe die Verbände im Namen Rahrs aufgerufen. Ich dachte, daß man ihm dann auf irgend eine Weise eine Mitteilung davon zukommen lassen könnte, um ihm so die nötige Stütze zu geben. Nur der Name Rahr konnte die Bewoegung zur allgemeinen machen. Angesichts der zunehmenden Gefahr der Reichswehr an der bayerisch-thüringischen Grenze war es die allgemeine Forderung, daß Rahr sich an die Spitze stellen mußte. Das war eine Notwendigkeit, denn nur er konnte den Bürgerkrieg verhindern.

Der Aufruf der Verbände war aber nicht gegen Hitler gerichtet,

er war nur die Vorbereitung für das Gelingen des großen Unternehmens. Inzwischen erschien dann Rahr selbst im Generalkonsulat. Er war sehr erregt, und vor allen Dingen darüber, daß die Polizei diese Sache nicht verhindern hätte und erklärte, daß es für ihn keinen anderen Weg gäbe. Ich hatte den Eindruck, daß Herr v. Rahr dem Unternehmen passiv, wenn nicht ablehnend gegenüberstand. Ich führte aus, daß

die Völkler hinter Ludendorff in Bayern und im Reich zu schmal

sei, um die Sache vorwärts treiben zu können, und es müsse zum Bürgerkrieg kommen, wenn nicht Herr v. Rahr alle Verbände hinter sich bringen könnte. Ich sagte: „Euer Erzellenz müssen aus der passiven Haltung heraustreten oder es kommt zum Bürgerkrieg!“ Ich forderte dann, daß Herr v. Rahr einen Aufruf herausgäbe, der besagte, daß die Weimarer Verfassung aufgehoben sei, daß aber dieser trotzdem zum Reich halte. Herr v. Rahr gab auf diese Forderung keine direkte Antwort, sondern er meinte, daß die Aufhebung der Verfassung aus wirtschaftlichen Gründen sehr schwierig sei. Ich glaubte immer noch, er werde den Aufruf, wenn auch verändert, herausgeben. Nachts um 1/2 Uhr fuhr ich dann in die Infanteriekaserne und erfuhr, daß die Sache immer noch in der Schwebe sei.

Ich hatte angenommen, der Stein sei ins Rollen gekommen und Hitler ist mit Rahr wohl über das Ziel einig, nur beständen noch über den Verlauf der Dinge Unklarheiten.

Über die Bekämpfung des Majors Sieg wachte mir klar, daß eine grundlegende Umstellung inzwischen erfolgt sei. Ich bot nochmals Rahr mit Ludendorff zusammenzugehen und war der Ueberzeugung, daß trotz allem, was vorgefallen war,

die Kampfbünde doch Fleisch von unserem Fleisch

wären und daß eine blutige Auseinandersetzung un-

möglich sei. Am anderen Morgen um 8 Uhr hörte ich dann von Oberst v. Seedorf, Rahr lehne definitiv ab. Ich fuhr dann nochmals in die Infanteriekaserne und bot Rahr um eine Unterredung mit Ludendorff.

Nach Ehrhardt sah das und bot sich als Vermittler zwischen beiden Herren an. Das wurde jedoch abgelehnt.

Staatsanwalt Chardt: Sie wollten also verhindern, daß mit Waffengewalt gegen Herrn Hitler vorgegangen würde und wüßten die Fortsetzung des Unternehmens nur in einer Ihnen genehmen Richtung?

**Zeuge**: Um eine genehme Richtung handelte es sich nicht, sondern um eine nationale Notwendigkeit. Ich bitte, hier über Ehrhardt noch einige Richtigstellungen geben zu können.

Erster Staatsanwalt Stenglein: Ich halte es für überflüssig, denn mit der Zeugenaussage hat Ehrhardt nichts zu tun. Das Gericht braucht daraufhin die Vernehmung des Kapitänleutnants Kautter ab.

### Hitlers Adjutant.

Dann folgte eine nicht uninteressante Vernehmung des Münchener Freibankmeisters Ulrich Graf, eines Knechts, der in der nationalsozialistischen Bewegung eine gewisse Rolle spielte und der als Adjutant und Pistolenführer Hitlers bekannt ist. Graf ist bei den Zusammenstößen am Odeonsplatz durch Lungenschüsse schwer verletzt worden. Das Gericht gestattet dem Zeugen, sich zu wehren, der sich jedoch

sofort erhebt, sobald Hitler oder Hitlers Verteidiger das Wort an ihn richtet.

Der Zeuge hat die ganzen Vorgänge im Bürgerbräukeller mitgemacht und ist auch im Nebenzimmer gewesen, als die Auseinandersetzung zwischen Hitler auf der einen, Rahr, Losow und Seedorf auf der anderen Seite stattfand. Der Zeuge behauptet, Hitler hätte im Nebenzimmer, ohne irgendwelche Drohungen mit den drei Herren

### in gemäßigter Tone

gesprochen, und Losow und Seedorf hätten sich mit seinen Vorschlägen sofort einverstanden erklärt.

**Vors.**: Das ist ganz neu, was Sie da sagen, und es wird von allen anderen Zeugen bestritten. Sie sind doch der Mann, der Hitlers Pistole verladen hat?

**Zeuge**: Ich habe sie erst eingesteckt und viel später geladen. Es ist also nicht richtig, wenn behauptet wird, Hitler hätte die Herren mit der Pistole gedroht.

**Vors.**: Haben Sie den Verhandlungen im Nebenzimmer ununterbrochen beigewohnt?

**Zeuge**: Ich bin einmal hinausgewesen, als Hitler zu mir sagte: „Hol mir eine Maßkrug“. Hitler muß nämlich, wenn er redet, immer was trinken, damit er bei Stimme bleibt. (Heiterkeit.) Dann ist Ludendorff gekommen.

**Vors.**: Wurde denn vor Ludendorffs Ankunft von ihm gesprochen?

**Zeuge**: Freilich, und der Rahr rief: „Weiß denn der Ludendorff von der Sache?“ Hitler hat darauf geantwortet: „Nein, aber ich habe ihm schon meinen Bogen hingeschickt, er wird gleich da sein.“

**Vors.**: War Erz. Ludendorff sofort mit dem Unternehmen einverstanden?

**Zeuge**: Nein. Se. Erzellenz haben gesagt: „Für mich handelt es sich nicht darum, wie es gekommen ist, sondern darum, wie es nun mal ist.“ Es scheint, als ob dem Herrn General irgend etwas nicht recht war. Ich sollte den Eindruck, als ob wir zu früh losgeschlagen oder sonst irgend etwas gemacht hätten, was Se. Erzellenz nicht recht war, und es schien so, als ob er nur mitmachte, weil mir alle mitmachten. Hitler hat dann den Rahr angeblickt, doch mitzuteilen, und der Rahr hat sich gerückt und in Position gestellt und hat dann gesagt: „Herr Hitler, Sie haben mich überzeugt“. Dann ist das Treuegespräch im Saal gekommen und Herr Hitler hat zum Rahr gesagt: „Recht haben Sie in mir Ihren treuesten Freund: Das Vaterland wird Sie einmal zu seinen größten Männern rechnen.“ Dabei haben die Herren Ludendorff und Losow sich die Hände geschüttelt und Ludendorff hat gesagt: „Na, Losow, jetzt machen wir es“. Und der Losow hat geantwortet: „Der Wunsch Ew. Erzellenz ist mir Befehl. Ich werde die Armeesow einstellen, wie Ew. Erzellenz sie zum Schlagen brauchen.“

**Vors.**: Das wird von allen Herren bestritten und Sie sind der einzige Zeuge, der das aussagt. Wie war denn die Stimmung im Nebenzimmer?

**Zeuge**: Die Stimmung war dauernd gut. Ich hab mir denkt, eigentlich hätten wir gar nicht so schnell vorgehen brauchen. Dös ist ja alles abtrotzt. Der Zeuge betont dann nochmals, daß die Herren Rahr, Losow und Seedorf keineswegs mit der Waffe bedroht worden seien. Er befreit auch, daß Hitler gesagt habe: „Nur Schuß habe ich in der Pistole, drei für meine Mitarbeiter, wenn sie mich verlassen, den letzten für mich“.

**R.-A. Dr. Luetgebrune**: Ist Ihnen bekannt, daß Ludendorff am 9. November vor dem Marsch in die Stadt den Befehl gegeben hat, die Gewehre seien zu entladen?

**Zeuge**: Sowohl, der Hauptmann Böhring hat das auch ausdrücklich nachgefragt, ob sie entladen seien und hat dann Ludendorff gemeldet.

**Vors.**: Haben Sie selbst Ihre Pistole auch entladen?

**Zeuge**: Nein, ich brauchte doch meine Pistole für den Schutz für Herrn Hitler. Es konnte doch irgend etwas passieren. (Heiterkeit.)

**R.-A. Dr. Luetgebrune**: Haben Sie gesehen, daß sich

Gelbst in dem Zug befanden?

**Zeuge**: Sowohl, sie waren auf einem Postauto hinter der ersten Kompanie. Dann ist aber Herr Hitler gekommen und hat gesagt: „Naus mit der Gesellschaft, die können wir nicht brauchen.“

Staatsanwalt Chardt: Die Darstellung des Zeugen über den Marsch wird von Teilnehmern des Demonstrationszuges bestritten. Die Staatsanwaltschaft hat Zeugen, die aussagen, daß der Zeuge bewußt, daß andere Leute mit schußfertigen Gewehren marschiert sind und daß wieder andere schußfertige Waffen in den Händen hatten. Die Staatsanwaltschaft hat ein In-

teresse daran, daß auch die Entwaffnung der Landespolizei an der Ludwigsbrücke hier geklärt wird.

Hitler: Es ist möglich, daß Leute, die später zu dem Zug gestoßen sind, den Befehl zum Entladen nicht kannten und deshalb schußfertige Waffen in der Hand hatten. Man hat ja wohl viele geladene Gewehre später gefunden. Aber das Laden dieser Waffen ist sicherlich erst erfolgt nach dem Feuerüberfall durch die Polizei.

Staatsanwalt Chardt: Die Staatsanwaltschaft hat Zeugen, Teilnehmer am Demonstrationszug, die bekunden, daß vor den Herren Hitler und Ludendorff drei Leute mit schußfertigen Gewehren marschiert sind.

**R.-A. Luetgebrune**: Es kommt meinem Mandanten nur darauf an, befähigt zu sehen, daß er den Befehl zum Entladen gegeben hat.

Justizrat Schramm: Herr Zeuge, Sie selbst haben doch unmittelbar vor dem Zusammenstoß der Landespolizei zugerufen: „Nicht schießen! Hier kommt Erzellenz Ludendorff! Und Sie sind dann selbst vor Herrn Hitler als Kugelfänger gesprungen. Müßte die Landespolizei Ihre warnenden Zurufe hören?

**Zeuge**: Gewiß, denn ich habe geschrien wie nicht geschelt.

Staatsanwalt Chardt: Von Teilnehmern des Demonstrationszuges wird behauptet, daß der Zeuge Graf mit schußfertiger Pistole marschiert ist.

**Zeuge**: Das ist nicht richtig, denn dadurch hätte ich meine Führer ernstlich gefährdet.

Staatsanwalt Chardt: Es wird ferner behauptet, daß Sie die Maschinenpistole vor dem Wehrtreikommando auf Polizeibeamte gerichtet und daß Sie sich gerührt haben, die Polizei hätte vor ihrer Pistole Angst gehabt.

**Zeuge**: Das ist nicht richtig.

**Hitler**: Der Herr Graf ist

der treueste, beste und edelste Mensch, den ich gefunden habe,

der sich für mich totschließen läßt. Der Mann lügt nicht.

**R.-A. Holl**: Auf die Gefahr hin, daß ich mir eine Rüge zuziehe. So stellt ich mir die deutsche Treue vor.

Dann wurde ein Hauptmann a. D. Tishöfer vernommen, der mit Ludendorff am Abend des 9. November bei dessen Rückkehr aus München nach Ludwigshöhe gesprochen hat. Er behauptet, Ludendorff habe ihm damals erklärt, daß es für ihn nach dem Umfall der Herren Rahr, Losow und Seedorf nur noch darauf ankommen sei, die völkische Bewegung zu retten. Er, Ludendorff, hätte es strikt abgelehnt, das Unternehmen fortzusetzen, er habe auch nicht dem Marsch nach Rosenheim zugestimmt, sondern sich nur bereit erklärt,

als würdigen Abschluß des Unternehmens einen friedlichen Zug

in die Stadt zu veranlassen.

**Vors.**: Hat Ludendorff etwa darauf gesagt, ob man damit rechnen, daß die Reichswehr schießen würde?

**Zeuge**: Nein, davon hat er nichts gesprochen.

### Man verzichtet auf weitere Zeugen.

Es trat dann eine kleine Pause ein, nach deren Beendigung

der Vorsitzende zur allgemeinen Ueberrachung öffentlich erklärte, daß eine weitere Zeugenvernehmung nicht mehr Aufführung in die Sache hineinbringen könne. Die Verteidigung erklärte sich mit diesem Verzicht auf weitere Zeugen einverstanden, während der Erste Staatsanwalt seinem Erstaunen darüber Ausdruck gab, daß man, nachdem man den Zeugen Graf über die Vorgänge im Bürgerbräu gehört habe, nicht auch billigerweise den Major Hunglinger vernehmen wolle.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Gößl erklärte der Vorsitzende noch, daß mit dem Verzicht auf weiteren Zeugenbeweis auch die Frage Losow in Wegfall komme,

da unter diesen Umständen eine Vorführung Losows un-

nötig sei.

Als der Vorsitzende die Sitzung schließen wollte, bestand der Erste Staatsanwalt nochmals auf der Vernehmung Hunglingers und hielt auch an dieser Forderung angesichts der Drohung der Verteidigung fest, daß die Gegenseite dann wiederum neue Zeugen gegen Hunglinger leben lassen müsse und daß man dann aus dem Labyrinth der Zeugenvernehmungen überhaupt nicht mehr herauskomme. Der Staatsanwalt bat schließlich um einen Gerichtsbescheid, worauf

der Vorsitzende erklärte, das Gericht werde sich bis morgen

über diesen Antrag schlüssig werden,

worauf die Verhandlung auf Dienstag früh 8 1/2 Uhr vertagt wurde.

Am heutigen Dienstag soll dann außer der eventuellen Vernehmung Hunglingers noch die Verlesung einer Reihe von Schriftstücken, die zum Beweise dienen sollen, sowie einige Vorhalte an die Angeklagten erfolgen, worauf dann heute die Beweisaufnahme endgültig geschlossen werden wird.

Kennen Sie

## Nährflocks?

Sie haben Gelegenheit sich von dem Wohlgeschmack der solortigen Verwendbarkeit und der mühelosen Zubereitung durch eine

### Kostprobe

an unserem Stand im

**Kaufhaus Wertheim, Königsstrasse,  
Kaufhaus Wertheim, Leipziger Strasse,  
Kaufhaus Tieg, Frankfurter Allee,  
Kaufhaus Tieg, Leipziger Strasse**

zu überzeugen — Unun erbrochene Abgabe von Kostproben während des ganzen Tages ohne jedes Essenzwert.  
Deutsche Nährflocken-Werke A.-G., Berlin W 8, Tri. d. d. d. d. d.

# Rauchen Sie gern?

Dann probieren Sie die neue  
**2,3 Kleine Massary Zigarette 2,3**  
Sie werden überrascht sein, über das wunderbare Aroma!

